

Der Textil-Arbeiter

Vereint seid Ihr nichts,
Vereinzelt seid Ihr alles!

Organ zur Wahrung der Interessen aller in der Textilbranche beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen.

Publikationsorgan des Verbandes aller in der Textilindustrie beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands (Sitz Berlin O. 27, Andreasstr. 6) i. v.,
Hauptkassierer: Georg Treue, Berlin O. 112, Kronprinzenstr. 47, an den alle Geldsendungen — stets unter Angabe ihrer Bestimmung — zu richten
sind) und der Zentral-Kranken- und Begräbniskasse für Textilarbeiter und Arbeiter anderer Berufe beiderlei Geschlechts (E. S. 12, Sitz Chemnitz).

Wöchentlich erscheint eine Ausgabe. Vierteljährlicher Bezugspreis durch die Expedition 60 Pfg., durch unsere Filialen und durch die Po. 75 Pfg., durch erstere und den Briefträger ins Haus geliefert 90 Pfg. —
Beitrag- und Veranlagungsanzeigen 15 Pfg., Geschäftsanzeigen 50 Pfg., die dreigesparte Beträge. Mitteilungen und Anzeigen müssen für die stets Mittwoch zum Versand kommende Ausgabe bis Montag früh
in den Händen des Herrn Albin Reichelt, Chemnitz, Uferstraße 14, sein, an welchen auch die Bezugs-gelder zu senden sind. — Postzeitungsliste Nr. — Telefon: Nr. 1956, Volkstimme.

Nr. 12. Auflage: 59500. Chemnitz, Freitag den 18. März 1904. Auflage: 59500. 16. Jahrgang.

Inhalt (Hauptblatt): Sperrtafel. — Zum 18. März (Gebicht).
— Die Aufgaben der Generalversammlung. II. — Welche Aufgaben
haben wir jetzt zu erfüllen? — Der „Christliche Textilarbeiter“... —
Mitteilungen aus Sachreisen. — Postamentier-Bewegung. — Gewerkschaftliche Arbeiterbewegung. — Gewerkschaftliches. — Soziales. —
Literarisches. — Bekanntgaben. — Verbands-Mitteilungen. — Veranlagungs-kalender. — Auktion. — Briefkasten. — Inserate. — Totenkiste. —
(Beilage): Die Delegiertenwahl zur Generalversammlung in Hannover. — Zur bevorstehenden Generalversammlung unseres Verbandes. — Zur
Beitragserhöhung. — Ausgesprochen... — Der 1. allgem. Heimarbeiters-
Schutzkongress.

**Zugang zu vermeiden ist von Weibern und Weibern
nach Oran bei Vegefac (Bremer Baumwollspinnerei u. Weberei),
nach Götting bei Wärdich (Wimpel), von Postamentierern
nach Berlin (S. Knopfmacher), von Arbeitern und Arbeiterinnen
aller Branchen nach Crimmitschau, von Kammerwebern
und Spinnereiarbeitern nach Neichenbach i. S. (Dietel u. Paul), von
Spinnern und Spinnereiarbeitern nach Naumburg i. S. (Wagner
u. Söhne), von Weibern, Spinnern und Appreturarbeiterinnen
nach Sommerfeld (M. A.), von Futewerbern und Spinnereiar-
beitern und Arbeiterinnen nach Gemellings.**

Zum 18. März

Ich kenn' eine Stätte im grünen Galm,
Ganz abseits von Wegen und Straßen:
Es zieh'n sich dort lange Grabesdrö'n
Entlang an Hecken und Wäldern.
Es sind die Gräber der Bürgerkrieger,
Die über die Reaktionen wurden Sieger.
Und alles ist einfach, bescheiden hier —
Von gleichender Pracht keine Spur;
Kein Gitter mit goldenen Knapfen hier,
Verwitterte Steine und Tafeln nur
Erinnern noch an die Braven,
Die unien so ruhmreich schlafen.

Doch werden im März die Hüfte lau,
Und fährt sich der Tag höher Laten —
Ob blau dann der Himmel, ob regengrau,
Dann sprechen der Kämpfer Sätzen;
Dann gibt sich ihr Gebe sichtbar kund:
Die Kränze sich mehren von Stunde zu Stund'.

Und schwebend, wie sie gekommen,
Verlassen die Geber den Platz,
Doch jeder denkt: Bald muß kommen,
Wohin ihr geopfert des Lebens Schatz:
Die Reaktion ist für immer gefallen!
Bald wird's in die Gräfte auch fallen.

P. W.

Die Aufgaben der Generalversammlung.

II.

Wir schlossen unsern ersten Artikel mit dem Hinweis auf die
Notwendigkeit der Erhöhung der Beiträge. Die Erhöhung der Bei-
träge ist aber nicht allein aus den angeführten Gründen notwendig,
sondern auch weil eine Reihe von Anträgen auf Erhöhung der ver-
schiedenen Unterstützungen vorliegen, die nicht alle abgelehnt
werden können. Höhere Ausgaben setzen aber höhere Einnahmen
voraus.

Der Antrag, die Krankenunterstützung zu erhöhen oder wenigstens
die den Bezug von Krankenunterstützung erschwerende einwöchige
Wartzeit zu beseitigen, kann z. B. nicht gut abgelehnt werden. Die
Krankenunterstützung hat sich bewährt und sie kommt namentlich
den Mitgliedern zugute, die aus wirtschaftlichen Gründen keinen
oder nur in die Lage kommen, die Verbandskasse bei Unständen
oder sonstwie in Anspruch zu nehmen. In diesen Mitgliedern zählt
die große Zahl der dem Verbands angehörigen Heimarbeiter, die
wenigstens durch die Krankenunterstützung für ihre dem Verband
geleisteten Beiträge ihre Gegenleistung bekommen.

Was sich bewährt hat, soll man eher verbessern, denn wird es
sich noch mehr bewähren. Und eine Verbesserung würde, wie in der
absoluten Erhöhung der Unterstützungsätze, in der Beseitigung der
Wartzeit liegen, welche letztere übrigens wohl von keinem Mitgliede
mit Verdringung ausgehalten wird. Durch ihre Aufhebung würde
zwar der Verbandskasse eine ansehnliche Mehrausgabe erwachsen —
vielleicht würde, da die meisten Krankheiten vor nur einwöchiger
Dauer sein mögen, jetzt also nicht einschädlich werden, die Ausgabe
an Krankenunterstützung verdoppelt, wenn nicht verdreifacht werden —
aber ein großer Teil der Mitglieder würde dadurch in den Genuss
einer Unterstützung kommen, der ihnen bisher entgangen war.

Eine mögliche Erhöhung der Unfallunterstützung dürfte ebenfalls
am Platze sein und der Kasse weniger Opfer auferlegen.
Eine Erhöhung der Gemahregelunterstützung halten wir für
dringend geboten. Wer, weil er für den Verband getret hat, auf
Wahler liegt, hat Anspruch auf eine Unterstützung, bei der er nicht
zu dazwischen braucht. Man halte uns nicht die noch geringere Streik-
unterstützung entgegen! Wer streikt, hat Aussicht auf Erhebung seiner

Lebenslage oder daß er damit Verschlechterungen solcher von sich
abwenden könne; er verfolgt also einen bestimmten Zweck und bringt,
um ihn zu erreichen, Opfer. Anders bei dem Gemahregelten, der
kein Ziel vor sich hat, der auf der Straße liegt, weil er — direkt
oder indirekt — eine Hebung seiner Lebenslage versucht. Bei ihm
ist dieser Versuch schon als fehlerhaft zu betrachten, der Streikende
kann aber doch wenigstens auf Erfolg hoffen.

Uebrigens könnte auch eine Erhöhung der Streikunterstützung
nichts schaden, die ja teilweise auch schon überschritten worden ist.
Doch bei beiden Unterstützungsarten darf nicht schablonisiert
werden, denn wir haben Gebiete, wo 8-8 Wk., an dem Verdienst
gemessen, wenig, aber auch solche, wo sie viel sind. Der Mindest-
satz von 8 Wk. für die Streikunterstützung wird also bestehen
bleiben müssen, doch der Höchstsatz von 8 Wk. wird erhöht werden
müssen. Für die Gemahregelunterstützung wird ein Mindestsatz
neu zu schaffen und der Höchstsatz von 8 Wk. zu erhöhen sein.

Die Einführung eines Begräbnisgeldes wird wohl diesmal noch
nicht möglich werden; sie drängt auch nicht. Die Heimarbeiters-
unterstützung wird schon deshalb abgelehnt werden müssen, weil auch
Fabrikarbeiter in dieselbe Lage, sie in Anspruch zu nehmen, kommen
könnten. Ihnen könnte sie aber, da sie keine Heimarbeiter sind,
nicht genützt werden. Es wäre aber ratsam, eine sogenannte Not-
standsunterstützung einzuführen, die vom Vorstand in gewisser Höhe
in Notfällen oder in der Not gewährt werden könnte.

Man die so notwendig ist, aber nicht durch den Vorstand, sondern
den gewerkschaftlichen Zwecken am engsten verbunden ist, wohl
noch nicht einführen können, ihr aber wohl einen Weg bereiten müssen,
auf dem sie sich in der übernächsten Generalversammlung einführen
lassen könnte.

Der früher oft geltend gemachte Einwand, die Gewerkschaften
könnten durch Einführung der Arbeitslosenunterstützung an ihrem
Charakter als Kampforganisation Einbuße erleiden, kann nun als
ein überwundener Standpunkt angesehen werden; fast alle Gewerkschaften,
die jene Befürchtung teilen, haben die Arbeitslosenunter-
stützung entweder schon eingeführt — und zwar nicht zu ihrem
Schaden — oder gehen damit nun, sie einzuführen.

Der allgemeine Aufschwung der deutschen Gewerkschaften, der
nach dem Fall des Sozialistengesetzes in den 90er Jahren eintrat,
stärkte nicht nur die Kampfkraft und Kampfesfähigkeit der einzelnen
Verbandsorganisationen, sondern mit dem Eintreten einer besseren
Konjunktur und mit den äußeren Erfolgen der Gewerkschaften wuchs
auch das Bedürfnis, diese weiter auszubauen und vor allem der so
schwankenden Fluktuation, dem Wechsel der Wirtschafslagen, entgegenzuwirken.

Als Mittel dazu wurden von jeder Unterstützungsrichtung
jeder Art betrachtet, wie Kreisunterstützung, Umzugsunterstützung
und nicht zum wenigsten die Arbeitslosenunterstützung. Wenn man
sich auf die letztere nicht einlassen wollte, so nur, weil man glaubte,
die Arbeitslosenunterstützung müsse zu einem Zweig der staatlichen
oder gemeindlichen Arbeiterfürsorge werden und die Gewerkschaften
hätten keine Veranlassung, für die Opfer einer fehlerhaften Wirt-
schaftspolitik einzutreten.

Was die Arbeitslosenunterstützung ein Ziel sein, den zwar
die staatliche bezw. gemeindliche Fürsorge vor allen anderen pflegen
sollte, so dürfen ihn doch gleichwohl die Gewerkschaften nicht außer
acht lassen, weil seine Pflege nicht allein der so sehr beklagten
Fluktuation des Mitgliederbestandes entgegenzuwirken, sondern auch
den eigentlichen Bestrebungen der Gewerkschaften Vorschub leisten
würde; läßt sich doch nicht verkennen, daß bei einer halbwegs zu-
reichenden und ausgedehnten Arbeitslosenunterstützung der Druck auf
den Lohn durch die Arbeitslosenreserve bedeutend gemildert wird,
weil der durch eine Arbeitslosenunterstützung vor dem gänzlichen
wirtschaftlichen Verfall Geschickte in Ruhe eine Zeitlang bessere
Arbeitsbedingungen abwarten kann, anstatt durch Unterangebote
einer Kollegen aus der Arbeit zu verdrängen und so sich selber einer
Arbeitslosigkeit zu verschreiben, oder aber durch seine bloße Nachfrage
nach Arbeit einen Druck auf den Lohn auszuüben und dadurch den
vornehmsten Bestrebungen der Gewerkschaft entgegenzuwirken.

Aufgeht dieser unbefriedigbaren Zustände müßte sich allen
Gewerkschaften mit der Zeit die Überzeugung aufdrängen, daß die
Arbeitslosenunterstützung gerade ein Ziel der Arbeiterfürsorge ist,
den die Gewerkschaften im Interesse ihrer Existenz sowohl wie
in dem ihrer weitestgehenden Bestrebungen pflegen müssen.

Bedenken machen sich in Gewerkschaftskreisen gegen die Arbeits-
losenunterstützung jetzt fast nur geltend in Rücksicht auf die tech-
nischen Schwierigkeiten, die ihrer Durchführung entgegenstehen; die
unersättliche verhältnismäßig bedeutende Erhöhung der Beiträge,
wie die Möglichkeit von Mißbräuchen bei der Erhebung der Unter-
stützung.

Trotz dieser beiden durchaus gewichtigen Bedenken haben immer
mehr Gewerkschaften die Arbeitslosenunterstützung eingeführt. Die
Friedrich-Franz-Jule in ihrer mit großem Fleiß ausgearbeiteten
Brotschle. Die Arbeitslosenunterstützung in den deutschen Gewerks-
schaften" zählte schon vor zwei Jahren 17 Zentralgewerkschaften
ihren Mitgliedern Arbeitslosenunterstützung; dies sind die
Verbands der Buchdrucker, Gutmacher, Bildhauer, Porzellanarbeiter,
Bandenschmied, Kupferschmiede, Buchbinder, Metallarbeiter, Brauer,
Glaserarbeiter, Lithographen, Zigarrensortierer, Lederarbeiter, Handels-
hilfsarbeiter, Glaser, Konditoren, Formier. Die Buchdrucker zahlen

schon seit 1880 Arbeitslosenunterstützung, die Putzmacher seit 1886, die
Bildhauer seit 1891, desgleichen die Porzellanarbeiter, die Bands-
schmied seit 1885, die Kupferschmiede seit 1887, die Buchbinder
seit 1894, die Brauer seit 1902, desgleichen die Glaserarbeiter,
Zigarrensortierer, Lederarbeiter, Glaser, die Formier seit 1894, die
Handelshilfsarbeiter seit 1897, die Lithographen und Konditoren
erst seit 1899, die Metallarbeiter seit 1900. Im ganzen zählten
diese Organisationen bis zum Schluß 1900 weit über 3 Millionen
Mark an Arbeitslosenunterstützung an ihre Mitglieder aus.

Den Jahresbetrag, den das einzelne Mitglied für die Arbeits-
losenunterstützung aufwenden mußte, betrug nach Fel. 3 mte für
die Formier 0,20, Handelshilfsarbeiter 0,30, Metallarbeiter 0,50,
Glaser 0,60, Brauer 0,75, Lederarbeiter 0,99, Konditoren 1,47,
Buchbinder 1,57, Glaserarbeiter 2,05, Kupferschmiede 2,42, Zigarren-
sortierer 4,31, Porzellanarbeiter 5,24, Handlungsmacher 5,99, Buch-
drucker 8,93, Putzmacher 8,25, Bildhauer 8,79 Mk.

Als Durchschnittsjahr war das Jahr 1892 gewählt worden.
Die Arbeitslosenunterstützung betrug 1899 von den Gesamt-
ausgaben in Prozenten für die Formier 0,24, Lederarbeiter 8,00,
Handelshilfsarbeiter 8,00, Brauer 9,04, Glaser 10,90, Bandschmied
14,70, Buchdrucker 16,80, Glaserarbeiter 18,50, Porzellan-
arbeiter 17,50, Kupferschmiede 19,42, Buchbinder 24,40, Gutmacher
28,30, Zigarrensortierer 27,70, Konditoren 27,70, Bildhauer 25,57 Mk.

Welche Aufgaben haben wir jetzt zu erfüllen?

Von W., Leipzig.

Wenn wir neuen wirtschaftlichen Kämpfen frohen Mutes, weil
gerüstet, entgegensehen wollen, so müssen wir immer darauf bedacht
sein, aus den gemachten Erfahrungen die neuesten und wertvollsten
herauszufinden, sie gebührend zu beachten und danach eventuell unsere
zukünftige Kampfsmethode einzurichten.

Nun ist zwar auch an dieser Stelle schon viel geschrieben worden
über das Ende des Crimmitschauer Kampfes, sowie über die neuesten
Vorbereitungen des deutschen Unternehmertums; es hat jedoch den
Anschein, daß man aus diesen neuesten Erfahrungen gerade das
Wichtigste nicht herausfinden kann oder nicht herausfinden will.
Warum, ist vollständig ungründlich. Ist man vielleicht der Ansicht,
daß der Einzelne das nicht zu wissen braucht, und daß es genügt,
wenn in Zukunft von einem neuen Standpunkte aus geleitet wird?
Das wäre nicht zu hoffen, denn es könnte höchstens zu neuen argen
Enttäuschungen führen. Jedenfalls ist genug Anlass vorhanden, die
Stimmen von unten resp. von innen heraus vernehmbar werden zu
lassen in eignen Betrachtungen: Zunächst also noch einmal die Frage:

Was lehrt uns Crimmitschau?

Einem jeden von uns ist der Gang und das Ende des
Crimmitschauer Kampfes zu Genüge bekannt; die Tatsache aber,
daß der Kampf trotz nahezu halbjähriger Dauer nicht wegen
Mangels an Unterstützungsgeldern aufgegeben werden mußte,
verdient ganz entschieden größere Beachtung, als sie bis jetzt gefunden
hat. Bisher war der glückliche Ausgang eines Streiks, wenigstens
in solchem Umfange, immer von dem Vorhandensein der Unterstützungsgel-
der abhängig. Wie aber nun, wenn die von den Unternehmern
neuerdings beliebte Kampfsmethode auch fernerhin verfolgt wird?
Die jüngsten Organisationen und Machinationen der „Deuren im
Hause“ lassen uns wohl keinen Zweifel darüber, daß sie in Zukunft
jeden Streik einfach zur Wachtsfrage stampeln werden. Wir tun also
gut, wenn wir uns einmal die Frage vorlegen:
Was gedenken wir zu tun, wenn uns ein zweites Crimmitschau
geboten wird?

Niemand wird diese Frage als Ausfluß des Führerwahns betrachten
können, denn Klugheit und Vorsicht gebieten, daß wir uns mit ihr
beschäftigen und sie auf die beste Art für uns zu lösen versuchen.
Wollen wir uns also auch fernerhin in einem ähnlichen Falle
auf unsere Verbandskasse verlassen, da wir doch eben die Erfahrung
machen mußten, daß selbst die größte Opferfreudigkeit der gesamten
Arbeiterchaft Deutschlands nicht im Stande war, die Forderungen
von ihrem Herrenstandpunkte abzugeben? Will es den Herren
nun einmal nicht in den Kopf, daß wir Arbeiter auch Menschen
und daß unsere Forderungen in diesem Sinne immerhin noch recht
bescheiden sind, so wissen wir schon unsern Willen durch entsprechende
Maßnahmen Achtung verschaffen; sind aber unsere Sammelkassen
dazu nicht im Stande, dann muß es unsre ganze Verdienlichkeit
sein. Werden wir von dem friedlichen Wege der Entwicklung
abgedrängt auf den Weg der wirtschaftlichen Gewalt, dann müssen
wir diesen Weg notgedrungen beschreiten, und zwar so strikt und
energisch wie nur irgend möglich, denn hier bleibt nur der Sieger,
der den Gegner in Wachtsmitteln überbleibt.

Der Dichter Heine sagt: „Der Deutsche hat eine Elefantenhaut,
jeden Nagel fühlt er nicht, man muß ihm eine Eisenlange zwischen
die Rippen stoßen.“ Nun, man kann sagen, Crimmitschau bedeutet
für uns einen solchen Rippenstoß und wir müssen uns so schnell wie
möglich darauf vorbereiten, einen zweiten ähnlichen Stoß nicht zu
parieren, er könnte unserm Wohlbefinden nicht gerade dienlich sein,
denn haben wir auch eine Elefantenhaut, schließlich haben wir
aber doch — keine Stahlrippen.

Werden wir also in Zukunft wegen der Forderungen eines
kleineren Lohnes in größerer Anzahl angegriffen, so bleibt uns
weiter nichts übrig, als diese Maßregel mit einem noch umfang-

zeheren Urstände schleunigst zu beantworten; kurz, wir müssen uns eben mit der Idee des Generalstreiks vertraut machen. Bisher genügt es, wenn sich das Solidaritätsgefühl in Protestversammlungen und der Abgabe eines Nictels betätigt, aber die Zeiten ändern sich und in Zukunft wird man unter Solidarität das Eintreten der ganzen Persönlichkeit verstehen müssen. In Zeiten aber, wo die Solidarität des Nictels nicht mehr ausreicht, kann es auch nicht genügen, daß unsere Mitglieder wissen, wieviel Unterstützung sie evtl. zu erhalten haben, sondern wir brauchen dann die denkbar größte Zahl vollwertiger Mitglieder, die da wissen, was sie wollen und in deren Handlungen man eine gewisse Konsequenz bemerken kann. Hier haben wir also einen Fingerzeig, welche Aufgaben wir zu erfüllen haben: Wir müssen die neu hinzutretenden und vielleicht auch viele (leider) von den alten Mitgliedern darüber aufklären und immer wieder betonen, daß wir in erster Linie ihre ganze Persönlichkeit und erst in zweiter ihren Nictel brauchen, und daß nicht die Unterstützungen die Hauptfache sind. Es wäre gut, wenn eine in diesem Sinne geschriebene Agitationsbroschüre herausgegeben würde, sie könnte uns von außerordentlichem Nutzen werden. Mit der Parole: „Auf zur Petition!“ lockt man heute nicht einmal mehr einen Hund vom Ofen, viel weniger noch einen einzigen Fernstehenden in unsere Organisation.

Wenn die deutsche Gewerkschaftsbewegung bis jetzt noch nicht so recht emporkommen konnte, so liegt das wohl nicht zuletzt daran, daß sie selbst kein klares Ziel vor sich hat, an dem sie ihr Vorgehen und Verhalten abmessen kann. Ihre Interessen wurden vertreten durch die politische (sozialdemokratische) Partei und ihre besten Kräfte widmen sich schließlich der politischen Agitation, während man ihrer in der gewerkschaftlichen viel dringender bedarf, zumal wir längst wissen, daß die politischen Errungenschaften nicht weiter sind als die zum Geseh erhabenen Aufzeichnungen des wirtschaftlichen Barometers. Am deutlichsten tritt das wieder hervor beim Kampf um den Zehnstundentag. Wenn die letzten Minoritäten drauf und dron sind, ihm sich durch ihre wirtschaftliche Macht zu eringen und zu erzwingen, weil er ihnen bisher in nahezu gemeingefährlicher Weise vorenthalten worden ist, dann wird der hohe deutsche Reichstag, diese großartige Gesehmaschine, die bei gewissen Anlässen so überaus präzis funktioniert, bei anderen jedoch gar jämmerlich quiekt und schreit, ohne von der Stelle zu rücken — dann wird dieser hohe Reichstag sich endlich herbeilassen, ihn gesehlich festzulegen, und flugs kommt man dann und singt uns in allen Tonarten das bekannte Lied von der metaphysischen Bedeutung des deutschen Reichstags und unserer politischen Rechte als „Kulturerrungenschaften“.

Der Umstand, daß sich der Kampf immer mehr auf wirtschaftlichen Gebiete abspielt, zwingt uns die Überzeugung auf, daß die gewerkschaftliche Organisation auch immer mehr die Trägerin der Arbeiterbewegung selbst werden muß; das Wort: „Die Befreiung der Arbeiterklasse kann nur das Werk der Arbeiterklasse selbst sein“, muß in der ganzen Strenge seiner Bedeutung aufgefaßt werden. Solange wir außer Stande sind, uns die Freiheit, die ökonomische Freiheit, selbst zu sichern, solange sind wir unfähig, frei zu sein. Wenn zwei Machthaber einen Preisbozen veranstalten um das Fell eines dabeistehenden Dritten, so wird dieser sich hüten, einem der beiden zu Hilfe zu kommen, er wäre denn ein unverbesserlicher Tor.

Haben wir das alles jederzeit vor Augen, dann wird es uns klar, daß wir auch gewaltige Aufgaben zu erfüllen haben und daß in der Einigungsbewegung noch lange nicht genug geleistet worden ist. Es genügt nicht, daß wir eine große Menschenherde um uns und hinter uns versammeln, sondern wir müssen wissen, daß ein Wille uns eint, der Wille, Mensch zu sein. Ein vorzügliches Erziehungsmittel bietet uns nun die Idee des Generalstreiks, weil eben hier der ganze Mensch gebraucht wird; das wird kein ehelicher Feind bestreiten wollen und darum schon sollten wir uns mit ihr beschäftigen und in ihrem Sinne agitieren. Treten uns hierbei auch eine Menge Vorurteile entgegen, sie müssen beseitigt werden; schließlich beruht der ganze Fortschritt auf nichts anderem, als auf der Beseitigung menschlicher Vorurteile und — Bosheit.

Soweit einige Betrachtungen über die Aufgaben, die wir jetzt und überhaupt zu erfüllen haben. Wer nun glaubt, daß die hier niedergelegten Ansichten irig und durch bessere Wahrheiten zu ersetzen seien, der stelle sein Licht nicht unter den Scheffel, sondern lasse es leuchten, denn es ist dringend notwendig, daß wir den Weg klar und deutlich vor uns sehen, den wir beschreiten müssen zur Erringung unserer Ziele, der ökonomischen Freiheit.

(Die Idee des Generalstreiks kann als Agitationsmittel freilich Verwendung finden und gute Dienste leisten, der Generalstreik selbst wird aber erst zur Möglichkeit werden und zu den gewünschten Erfolgen führen, wenn die Organisation soweit erstarkt ist, daß sie den Generalstreik mit ihren Mitgliedern durchführen kann und sich nicht auf die Solidarität der Nichtmitglieder zu verlassen braucht. Daselbe ist aber auch von den Mitteln zu sagen. Der Nictel würde beim Generalstreik eine noch größere Rolle spielen als beim partiellen Streik, denn wenn die Fabrikanten uns mittellos wissen, werden sie dem Generalstreik ebenso lange Widerstand leisten, wie dem partiellen, weil sie hoffen können, daß uns die Mittel bald ausgehen werden. Gedacht das aber, ist es auch mit dem Generalstreik zu Ende, denn auch seine Teilnehmer wollen essen und sie hören auf zu streiken, wenn der Hunger über die Ideen den Sieg davonträgt. Wären aber alle Arbeiter organisiert, bedürfte es vielleicht gar nicht mehr eines Generalstreiks, um die Forderungen der Arbeiter zur Anerkennung zu bringen; dann würde das Unternehmertum einsehen, daß es mit seiner Ausbeutungstatistik nicht mehr soweit kommt wie heute. Die Redaktion.)

Der „Christliche Textilarbeiter“

hat die Stimm, uns von neuem hinsichtlich der Angabe seiner Mitgliederzahlen der Lüge zu zeigen. Wir sollen Beweise für unser Behauptungen erbringen. Nun, in voriger Nummer wird der „Christliche Textilarbeiter“ diese Beweise wohl gefunden haben. Unsere Behauptung, daß wir entgegen der Behauptung des „Christlichen“ jetzt mehr Geld in der Kasse haben, als vor dem Kampfe in Crimmitschau, sucht er mit dem Vorwurf abzutun, wir hätten uns auf Kosten der Allgemeinheit bereichert. Wenn der „Christliche“ glaubt, wir hätten mit dem Crimmitschauer Kampfe ein Geschäft gemacht, so kann er nicht mehr glauben, daß der Verband „vielleicht eine Menge Schulden sein eigen nenne“. Er nimmt also seine frühere Behauptung zurück, was sehr nett von ihm ist. Gegenüber scheint er unser Crimmitschauer und Meeraner Zahlen nicht zu glauben. Weil er diese Zahlen aber nicht widerlegen kann, unserm Verbande aber doch gern eins andrücken möchte, so wärmt er die „alten Kamellen“ auf, daß wir infolge der Beitragserhöhung im ganzen 7—8000 Mitglieder eingebildet haben. Das ist von uns noch niemals bestritten worden, das ist aber doch ganz was anders, als der „Christliche“ früher behauptet. Übrigens haben wir später trotz der Beitragserhöhung wieder viel mehr Mitglieder gewonnen, als wir damals verloren. Das weisen doch unsere Rechnungen aus. Der Christliche Verband hatte aber laut Abrechnung vom 6. Januar 1904 einen Bestand an Mitgliedern am 1. Juli 1903: 16808, vom 1. Juli 1903 bis 30. September 1903 nahm er neue Mitglieder auf: 780, das ergibt zusammen 17588. Nach der Abrechnung hatte er aber am 30. September 1903 einen Mitgliederbestand von nur 15888, mithin hat er Verlust 1695 Mitglieder.

Ob er nachdem wieder irrendwo soviel Mitglieder gewonnen hat, wissen wir nicht; das Gegenteil haben wir aber auch nicht behauptet. Wir wollen aber gleich gesehen, daß wir an einen Mitgliederzuwachs des Christlichen Verbandes nicht eher glauben, als bis er uns ziffernmäßig nachgewiesen wird. Der „Christliche“ wird uns das nicht verargen, denn er glaubt uns ja auch nicht. Daß er keinen Glauben verdient, beweist er in seiner letzten Nummer von neuem. Er behauptet da, die vogeländischen Sticker seien von unserm Verbande abgegriffen. In Wirklichkeit kann es sich nur um einen oder zwei Händeln. Die Sticker, die heute eine eigne Organisation bilden, waren, abgesehen von jenem einen oder zweien, überhaupt noch nicht Mitglieder unser Verbandes, und wir haben heute in den Stickerdomänen nicht weniger Mitglieder, als wir dort vor dem Zustandekommen des Stickerverbandes hatten. Auch um dieser den Tatsachen widersprechenden Behauptung hat sich der „Christliche“ nur hineingeleigt. Nur so weiter! Wir haben keinen Schaden davon, denn wir kommen dadurch immer wieder in die Lage, die „Wahrhaftigkeit“ christlicher Angaben vor aller Welt in das ihr gebührende Licht zu rücken.

Mitteilungen aus Sachreisen.

Nachen. (Versammlungsbericht.) Am 6. März tagte unsere außerordentliche Generalversammlung mit folgender Tagesordnung: 1. Rapportbericht; 2. Beratung der Anträge zur Generalversammlung; 3. Wahl des Delegierten; 4. Kartellbericht; 5. Verschiedenes. Vor Eintritt in die Tagesordnung wurden 11 Personen zur Aufnahme verlesen, 2 als zugerufen gemeldet. Die Quartalsabrechnung zeigt den Bestand von 206,00 Mk. An Kranken-Unterstützung wurden 861,50 Mk. gegeben. Die Revisoren erklärten Kasse und Belege für richtig und wurde dem Kassierer Entlastung erteilt. Dann wurde zur Beratung der Anträge zur Generalversammlung geschritten, die eine lebhafteste Debatte hervorrief. Besonders wurde betont, daß sich der zu entsendende Delegierte in Bezug auf Anstellung der 7 Gaubeamten an den Antrag der hiesigen Filiale anlehnen müsse. Zum Delegierten wurde Kollege Feinhals gewählt. Der Kartellbericht 1903 wurde bis zur nächsten Versammlung zurückgeschickt, da der Delegierte nicht genügend vorbereitet war. Unter „Verschiedenes“ wurde der Antrag angenommen, zu Gunsten des Arbeitergesangvereins „Lyra“ zwecks Beitritts zu einer Vereinsliste Listen zirkulieren zu lassen, woran jeder einen freiwilligen Beitrag zeichnen möchte.

Nachen. (Ein Schiedsgericht.) Am 14. Januar d. J. erhielt der Vorsitzende der hiesigen Filiale des Deutschen Textilarbeiterverbandes von dem Vorsitzenden des Arbeitgeberverbandes die Mitteilung, daß sich hier zur Beilegung von Streitigkeiten in wichtigen grundsätzlichen Fragen zwischen Arbeitnehmern und Arbeitgebern der Textilindustrie ein Schiedsgericht gebildet habe. Es sollten auch zwei Mitglieder des Bezirks Nachen des Deutschen Textilarbeiterverbandes hinzugezogen werden, die vom Textilarbeiterverbande baldigst bestimmt werden möchten. Es wurden nun zwei Kollegen bestimmt, wovon dem Vorsitzenden des Arbeitgeberverbandes Mitteilung gemacht wurde. Daraufhin verlangte man von unserm Vertreter Verschwiegenheit über die Schiedsgerichtsverhandlungen. Dabei kam man auch auf die Einführung des Dreistücksystems zu sprechen. Schon mit Rücksicht darauf konnte das Verschweigen der Verschwiegenheit nicht geleistet werden. Schließlich wurde unserm Kollegen Meiß ein Protokoll ausgehändigt, nach dem sich zwischen dem Arbeitgeberverband und dem Christlichen Textilarbeiterverband ein Schiedsgericht gebildet habe. Verblüfft über den Inhalt dieses Protokolls und die mehr als eigentümliche Haltung der christlichen Führer zogen nun unsere Kollegen ihre Zulage der Beteiligung an seiner Institution zurück. Wir glauben mit Recht, zunächst wäre es richtiger gewesen, das Schiedsgericht nicht eher zu bilden, als bis die Leitung auf des Deutschen Verbandes ihr Einverständnis damit erklärt hätte, daß sicher nicht ausgeblieben wäre, wenn man von den Besitzern Verschwiegenheit verlangte, durch die sie sich bei den Arbeitern sehr oft Mißverständnisse ausgebreitet haben würden. Im vorliegenden Falle wäre das sicher geschehen. Das hätten auch die christlichen Führer einsehen können und sie hätten darauf dringen müssen, daß die Vertreter von der verlangten Zulage der Verschwiegenheit entbunden wurden. Es scheint aber, sie wollten diese Verschwiegenheit, um im Verein mit den Unternehmern etwas aushecken zu können, was bei der Masse der Arbeiter auf Widerspruch gestoßen wäre, wobei sie sich dann auf die „Mitwirkung“ der Vertreter des Deutschen Textilarbeiterverbandes hätten berufen können, die infolge ihrer Schweigepflicht nicht im Stande gewesen wären, den tatsächlichen Verlauf der Dinge zu schildern.

Annaberg. Bei der Delegiertenwahl wurden abgegeben in Annaberg 29 Stimmen, davon fielen auf Hermann 24, auf Bieweger 5; in Auerbach 35, davon für Hermann 5, Bieweger 30; in Burtelsdorf 101, davon für Hermann 88, Bieweger 18; in Büchholz 81, davon für Hermann 79, Bieweger 2. Im ganzen abgegebene Stimmen: 246, davon für Hermann 191, Bieweger 55. Hermann ist somit gewählt.

Nae. Am Sonntag den 6. März hielt die hiesige Zahlstelle ihren regelmäßigen Zahltag ab. Es wurde beschloffen, in Zukunft die Zahlabende jeden vierten Freitag im Monat, abends 7/9 Uhr, in Naumanns Restaurant abzuhalten. Bei der darauf folgenden Wahl eines Delegierten zur Generalversammlung in Hannover wurden 28 Stimmen für Schröding, 1 für Otto abgegeben. Ferner wurde aus der Mitte der Mitglieder angefragt, wie es komme, daß der Schneider Franz Miß sich so lange in der den Textilarbeitern herumtreibe, da wir ihn in Aue schon am 30. Januar sein Mitgliedsbuch, das nicht in Ordnung war, abgenommen und an den Hauptvorstand eingeschickt haben. Es wäre in solchen Fällen notwendig, daß der Hauptvorstand den Ausschluß solcher Schwinbler sofort im Fachblatt bekannt gäbe, damit derartige Elemente sich nicht etwa in einer andern Filiale wieder aufnehmen lassen könnten.

Augsburg. Eine gewaltige Demonstration für den Zehnstundentag war eine Versammlung, die am Sonnabend im Saalbau am Herle stattfand. Die Vorarbeiten der Verwaltungen der Kirch-Dunkelröden, christlichen und freien gewerkschaftlichen Textilarbeiterorganisationen führten zu einem Besuch von 2000 Personen aller Berufe und Volksschichten. Die „Augsburger Zeitung“ schrieb darüber: Die Bedeutung dieser Kundgebung liegt 1. in der endlichen gegenseitigen Annäherung aller Organisierten in einer großen Frage, 2. in dem ungeschämten Ausdruck des Unwillens über ein bis heute vorenthaltenes Recht und 3. darin, daß das den freien Gewerkschaften bisher allein aufgelegte Odium des „Nörgelns“ und „Gesehs“ auch auf die Schultern der übrigen Organisationsformen übertragen werden kann.

Die Redner des Abends teilten sich in ihre Aufgabe. Als erster trat Herr Strumpfwarenfabrikant Elbel aus Sulza als Sprecher der Kirch-Dunkelröden Textilarbeiter an den Rednerisch. Seine Aufgabe war, die Verkürzung der Arbeitszeit in volkswirtschaftlicher und hygienischer Beziehung zu erläutern. Redner brachte in leichtföhlender, sehr ausbrechender populärer Ausführungen alle die Gesichtspunkte der Forderungen an den Staat wie: Ausbau der Fabrikinspektion, Pflege der Statistik, Maginalarbeitszeit usw. hervor, nicht ohne besonders zu betonen, daß man nicht im Hocken und Winken sich verziehen dürfe, sondern daß man mit Energie kämpfen müsse für die Erlangung des Zehnstundentages, daß die Organisationen der Arbeiter gefaßt werden, alles Trennende beiseite gelassen, das Eingebende gefördert werden müsse. Mit dem Ruf: „Seid einig!“ schloß er unter dem Beifall der Menge. Herr Verbandssekretär Lang-München als Vertreter der christlichen

Organisation verbreitete sich speziell über die Arbeitszeitverkürzung in Bezug auf Frauen- und Kinderarbeit. Er fand für die Ausbeutung der Frauen und Kinder durch das Unternehmertum, das den Menschen das Blut aus den Adern sauge, sehr scharfe Worte. Redner gab hier seinen eigenartigen Anschauungen über die Frauenarbeit Ausdruck, indem er die Frau nur als ins Hauswesen gehörig bezeichnete. Die Sitte und Moral der Frau sei in Fabriken gefährdet. In den oberen Kreisen hätte man Dienstmädchen und Kinderfräulein, die Frau habe nur Anweisungen zu geben, während man der Arbeiterfrau zumute, 11 Stunden und darüber Fabrikarbeit zu leisten und dann noch das Hauswesen zu besorgen. Durch das auch von ihm ausgesprochene Prinzip: „Gleiche Arbeit, gleicher Lohn!“ wird aber ganz von selbst die Zurückdämmung der Frauenarbeit in die Erscheinung treten. Die Organisation der weiblichen Arbeiter sei eine Notwendigkeit, doch sei auf ihre Eigenart Rücksicht zu nehmen. Das Schulalter solle von 16 auf 18 Jahre hinaufgesetzt werden. Man solle nur Leute in die Parlamente und Rathhäuser wählen, welche die Interessen der Arbeiter wirklich vertreten. Der Staat müsse sich der Arbeiterforderungen mehr annehmen. Uns scheint der Redner mit seiner ganz richtigen Speisekarte der ihm nahestehenden Partei sehr zweckdienliche Weisungen gegeben zu haben. Redner forderte dann neben der Staatshilfe Selbsthilfe durch Eintritt in die Organisationen, an denen kein Mangel in Augsburg bestehe. Die Furcht müsse mehr und mehr verschwinden, denn so furchtsame Arbeiter, da die schlimmsten Mißstände. Auch diesem Redner lohnte reichlich Beifall. Als dritter erschien auf dem Podium der Geschäftsführer des Textilarbeiterfachblattes von der freien Gewerkschaft, Herr Albin Reichelt-Gemüß, der in begeisterten Worten die Not der Textilarbeiterschaft schilderte, das Wesen der kapitalistischen Ausbeutung brandmarkte und auf die dringende Notwendigkeit der Erkenntnis hinwies, daß nur durch eigene Kraft die Arbeiterklasse zu besseren Verhältnissen gelange. Redner faßte alle die Wünsche seiner Vorgesetzten zusammen, die Versammelten aufzufordern, daraus als denkende Arbeiter Konsequenzen zu ziehen und sich zu organisieren. In breiterer Weise, untermergt mit wichtigen Betrachtungen, ließ er sich über die verflochtene Crimmitschauer Ausbeutung vernehmen, an diesem Beispiele die ganze Brutalität des Unternehmertums nicht nur der Textilbranche, sondern im allgemeinen illustrierend. Aufgehoben sei der Kampf, aber nicht aufgehoben! Reichert Beifall lohnte diesem Redner für seine markanten, vom Herzen zum Herzen gehenden Worte.

Von einer Diskussion war nach vorheriger Vereinbarung Abstand genommen. Der Vorsitzende W. Deffner richtete noch in einem Schlussworte Mahnworte zur Einigkeit an die Versammlung und brachte folgende Resolution zur einstimmigen Annahme: „Die am 12. März im Saalbau Herle stattfindende öffentliche Volksversammlung ist der Ansicht, daß eine Verkürzung der Arbeitszeit von 11 auf 10 Stunden in volkswirtschaftlicher und hygienischer Beziehung eine unbedingte Notwendigkeit ist und beauftragt die hiesigen Textilarbeiterorganisationen, in dieser Sache eine Eingabe an den Industrieverein und die in Augsburg und Umgebung bestehenden Textilfabriken zu machen und diese Eingabe nach jeder Richtung hin zu vertreten. Ferner beauftragt die heutige Versammlung die hiesigen Textilarbeiterorganisationen, bei ihren Zentralverbänden zu beantragen, daß für gesehliche Festlegung des Zehnstundentages eine gemeinsame Petition an den Reichstag gerichtet wird.“

Vertreten wollen wir noch, daß die Fabrik- und Gewerbeinspektion durch Herrn Assistent Weber und Offiziant Gagg vertreten war, während das Fabrikantentum durch Abwesenheit glänzte. Die Arbeiterkraft kann mit Genugtuung auf das dieser Kundgebung innewohnende Streben hinblicken. Möge der edle Gedanke der Verkürzung der Arbeitszeit sich in Bälde realisieren lassen.

Barmen. (Versammlungsbericht.) Nach Verlesung des Protokolls der letzten Versammlung fragte Kollege Kühner an, wie es komme, daß der von ihm in der letzten Versammlung gestellte und angenommene Antrag, welcher lautet: „Jede Filiale, die 500 Mitglieder zählt, hat das Recht, einen Delegierten zur Generalversammlung zu entsenden. Auf jedes weitere Tausend Mitglieder hat dieselbe das Recht, einen Delegierten mehr zu schicken“, im Protokoll zwar vermerkt, dagegen bei den bekannt gegebenen Anträgen in der Fachzeitung nicht mit veröffentlicht worden sei. Er wünschte, daß der Delegierte vor Tagung der Generalversammlung dem Bureau derselben Mitteilung davon mache. Nachdem der Vorsitzende bekannt gegeben hatte, daß dieser Mangel auf ein Versehen zurückzuführen sei, beschloß die Versammlung dem Wünsche des Kollegen Kühner gemäß. Hierauf gab der Kassierer den Bericht vom 4. Quartal. Ein Antrag der Revisoren, dem Kassierer Entlastung zu erteilen, wurde einstimmig angenommen. Dann beschäftigte sich die Versammlung des längeren mit der in Aussicht genommenen Errichtung eines Arbeiterssekretariats. Hiüber fand eine lebhafteste Debatte statt. Es wurde folgender Antrag angenommen: Die Versammlung erklärt sich im Prinzip mit der Errichtung eines Arbeiterssekretariats einverstanden. Weitere Beschlüsse sollen erst nach der Generalversammlung in Hannover gefaßt werden. — Dann wurde noch über eine Fabrikanglegenheit gesprochen.

Bischofsweiler. (Versammlungsbericht.) In der Versammlung der Einzelmitglieder Bischofsweilers des Deutschen Textilarbeiterverbandes vom 6. März erfolgte die Berichterstattung des Delegierten von der Mülbauer Bezirkskonferenz. Zu der vielumstrittenen Frage der Erhöhung der Agitationsbeiträge wurde beschloffen, das Agitationskomitee zu benachrichtigen, daß die Beiträge wie bisher auf 2/3 Pfg. zu belassen sind. Dann wurde ein Delegierter nach Hannover gewählt. Von 44 abgegebenen Stimmen fielen auf Wettig aus Hünningen 39 und auf Vogel aus Gebweiler 5 Stimmen. Unter Verschiedenem wurde beschloffen, dieses Jahr eine Masseter zu veranstalten. Die Mitglieder werden gebeten, zur Empfangnahme der Rollen in der nächsten Versammlung, die am Ostermontag stattfinden soll, zahlreich und pünktlich zu erscheinen.

Boscholt. (Versammlungsbericht.) Die am Samstag den 6. März abgehaltene Mitgliederversammlung war, wie gewöhnlich, schlecht besucht. Hoffentlich wird es bald anders, und diejenigen Mitglieder, die immer durch Abwesenheit glänzen, möchten wir bitten, sich auch einmal einzufinden. Punkt 1 betraf Wahl eines Delegierten. Dieselbe fiel auf Kollegen Brüggenmann aus Münster. Eine recht lebhafteste Diskussion bildete sich bezüglich der Mitarbeit an unserm Fachblatt. Wir haben bis jetzt wenig von uns hören lassen, obgleich die hiesigen Textilarbeiter nicht auf Rosen gebettet sind, denn man hört sie immer jammern und schimpfen, daß es die Steine erweichen könnte. Allen Fernstehenden rufen wir zu: Hinein in den Deutschen Textilarbeiterverband, dann können auch hier andere Zustände geschaffen werden. Laßt euch nicht von gewissen Deuten an der Nase herumführen, die wohl das Maul bis hinter die Ohren aufreihen, aber nicht gemitt sind, die Lage der Arbeiter zu verbessern. In der Bleicherei, Färberei und Appretur der Firma F. Maxke haben die Arbeiter Freitag den 4. d. Mts. die Kundgebung eingereicht. Die Differenzen entsanden hauptsächlich infolge Kündigung eines Mitgliedes des Fabrikantenscheins. Die Belegschaft gehört zum großen Teil dem Christlichen Textilarbeiterverband an. Wir sind mit einem Mitgliede daran beteiligt, das selbstverständlich auch mit gekündigt hat. Kollegen, arbeitet wieder vorwärts, denn nur vereint sind wir eine Macht, die uns zum Siege führt und uns ein besseres Dasein schafft.

Borsum. Die Delegiertenwahl, die auf drei Bezirke verteilt war, hatte folgendes Ergebnis: 1. Bezirk (Restaurant „zur Flora“) 45 Stimmen für Frh. Riechel, 1 für Joh. Klapp; 2. Bezirk (Rest.

Röhler, Bockum) 27 Stimmen für Fritz Kiehnel. 3. Bezirk (Doppum, Wirtschaft Kreuzer) 19 Stimmen für Fritz Kiehnel. Zusammen 91 Stimmen für Fritz Kiehnel, 1 für Joh. Klapp.

Braunschweig. Bei der am Sonntag den 6. März vollzogenen Delegiertenwahl zur Generalversammlung in Hannover wurden 59 Stimmen abgegeben. Es erhielten Stimmen: J. Kienhaus 21, H. Lampe 18, G. Wiemann 16. 4 Stimmen waren ungültig. Kollege Kienhaus ist somit gewählt.

Chemnitz. Recht bittere Klagen führen die Arbeiter der „Norddeutschen Spinnerei“ Chemnitz-Kappel darüber, daß sie außer Sonnabends von früh 6 1/2 Uhr bis abends 6 1/2 Uhr mit nur einstündiger Mittagspause, ohne Frühstück- und Vesperpause, arbeiten müßten. Sonnabends sei um 5 1/2 Uhr Schluss. Zum Reinigen der Maschinen sei keine Pauszeit angelegt, so daß die Arbeiter Sonnabends ihre eintündige Mittagspause zum Putzen verwenden müßten, wodurch ihnen die Möglichkeit genommen sei, ihr längliches Mittagsmahl einzunehmen. Wenn ihnen wohl auch nicht verwehrt werden dürfte, während der Arbeitszeit ihre Maschinen auszuräumen, um zu putzen, so seien sie doch der Gefahr ausgesetzt, von dem Schallrohr erfasst zu werden. Es wird deshalb dringend eine bestimmte Pauszeit verlangt, während welcher das Getriebe zu ruhen habe oder wenigstens die Transmissionen stillzustehen hätten. Auch sei am Fahrstuhl keine Signallocke vorhanden, wodurch leicht ein Unfall vorkommen könne. Auch wenn das Getriebe in Gang gesetzt werde, erfolge sehr oft kein Signal oder aber ein so schwaches, daß es die jeweilige die Maschinen einblendenden Arbeiter nicht hörten, wodurch sie gleichfalls der Gefahr ausgesetzt wären, von der Transmissionen erfasst zu werden. Die Löhne seien innerhalb eines Jahres um circa 30 bis 35 Prozent geringer geworden. Die Arbeiter seien ohne Gefahr, daß man hinabrutsche, nur schwer zu bewegen, da nur eine Art Querbalten bei dreien vorhanden sei. Zwei seien mit richtigen Sichen versehen, wovon aber einer gleichfalls die letzte Zeit zerbrochen sei. Recht idyllische Zustände! Hoffentlich nimmt die Gewerbe-Suppression diesen Betrieb einmal in näheren Augenschein.

Crimmitschau. Der Kampf ist beendet, nur die Opfer dieses Kampfes, die jetzt wie die Leichen auf dem Schlachtfelde von den Seiten des Unternehmertums umkreist werden, erinnern noch an das gewaltige Ringen. Täglich sieht man jetzt Arbeiter den Staub der gesageten Gefilde Crimmitschaws von ihren Füßen schütteln, um sich außerhalb desselben eine neue Heimat zu suchen. Mit Hohn und Spott sieht das hiesige Unternehmertum diesem Treiben zu und es sucht immer mehr fremde Arbeitskräfte hereinzuführen. Jetzt wird sich auch der Ausspruch eines Unternehmers: „Wir wollen doch sehen, ob wir nicht 2-300 Heizer und Wähler aus Crimmitschau hinausbringen können“, bewahrheiten. Ob das der hiesigen Industrie von Nutzen oder Schaden ist, werden diese Herren bald gewahr werden. Denn grade die besten Arbeiter schiebt man ab, die in allem, was die Ausübung unserer Arbeit erfordert, vertraut sind. Gradezu kleinlich ist die Handlungsweise verschiedener Personen gegen die Arbeiter. Wir wollen hier einige Beispiele davon geben. Ein Arbeiter, der anderweit Arbeit erhalten hatte, ersuchte seinen früheren Chef um Ausstellung eines Zeugnisses, das in folgender Form ausgestellt wurde:

Inhaber dieses, F. S., war vom 26. November früh bis 26. November mittags als Krauer bei mir beschäftigt und hat die Arbeit ohne Grund verlassen.
Crimmitschau, den 12. März 1904.

Gustav Wagner.
(Stempel.)

Wir sind überzeugt, daß dieses Zeugnis dem § 118 der Gewerbeordnung zuwiderläuft, aber auch davon, daß der Unternehmer den betreffenden Arbeiter schädigen wollte, da er während des Streiks wieder aufgehalten hatte zu arbeiten. — Sehr lebenswürdig scheint der arbeitswillige Spinner Kramer bei der Firma Schmidt u. Witz zu sein; er belegt die ihm unterstehenden Arbeiter mit Titeln, die alles andre, nur keine Schmeichelei sind. Wenn sich ein Arbeiter darüber im Rontor beschwert, ist der Herr ganz außer dem Häuschen und wirft mit Drohungen nur so um sich. Auch über den Meister S. Brückner bei derselben Firma werden Klagen über seinen Ungangston laut. Nach eine Reihe weiterer Fälle könnten wir hier aufzeichnen, wollen uns dieselben aber bis später aufheben, und zwar werden wir uns demächst einmal mit dem Meister Philipp bei der Firma Christoph Händel beschäftigen. Einen recht sonderbaren Begriff vom Worthalten scheint der Vertreter des Spinner- und Fabrikantenvereins, Herr Rechtsanwalt Tiege, zu haben. Bekanntlich hatten unsere Geschäftsführer Pecht die Fabrikanten Haase und Genossen wegen Beleidigung verklagt, die er auch mit 14 Tagen Gefängnis führen muß. Pecht hatte nun gegen den Fabrikanten Selbmann Widerklage wegen Beleidigung erhoben und auch Selbmann war bestraft worden. Gegen beide Urteile wurde Berufung eingelegt. Der Anwalt Pechts hatte nun mit dem Vertreter Selbmanns, Rechtsanwalt Tiege, eine Vereinbarung getroffen, wonach Pecht seine Berufung zurückziehen sollte, Tiege aber nicht zum Termin erscheinen wollte, wodurch es für beide bei dem ersten Urteil geblieben wäre. Herr Tiege erschien aber mit dem Kläger zum Termin, Dr. Hübler, der Vertreter Pechts, aber auf Grund dieser Vereinbarung nicht. So erreichte Herr Tiege eine Aufhebung des Urteils gegen Selbmann. Wir lassen hier den Brief unsers Rechtsanwalts Dr. Hübler im Wortlaut folgen:

Leipzig, am 9. März 1904.

Herrn Heinrich Max Schiller, Frankenhäuser.

Im Sachen Pecht kontra Haase und Genossen erwidere ich auf Ihr Schreiben vom 7. d. Mts. ergebenst, daß ich bereits im „Leipziger Tageblatt“ denselben Bericht über den Ausgang der Berufungsverhandlung gelesen habe, nach welchem das Verfahren gegen Selbmann eingestellt worden ist.

Dieser Ausgang der Sache ist nur dadurch möglich geworden, daß Herr Rechtsanwalt Tiege in der Berufungsinstanz anwesend war. Er hat das entgegen einer Vereinbarung getan, die ich im Anwaltszimmer des Landgerichts Zwicau mündlich mit ihm getroffen habe. Wir haben damals vereinbart, daß ich die Berufung für Pecht zurückziehen wollte und daß wir beide zum Termine nicht erschienen. In diesem Falle hätte auch seine Berufung für zurückgezogen gelten müssen und es wäre bei dem erstinstanzlichen Urteile auch bezüglich der Widerklage geblieben.

Ich habe bereits am 7. d. Mon. an Herrn Rechtsanwalt Tiege geschrieben und ihn um Aufklärung gebeten, warum er entgegen unserer Vereinbarung den Termin abgewartet hat. (Soll wohl heißen abgehalten? D. Red.)

Ob sich etwas gegen das Verhalten des Herrn Rechtsanwalt Tiege tun läßt, wird sich nach Eingang seiner Antwort zeigen.

Ich komme auf die Sache zurück und zeichne
Hochachtungsvoll
Rechtsanwalt D. Hübler.

Ist das auch „sittlich einwandfrei“ Herr Tiege? Wir wollen uns jetzt nicht weiter über diesen Herrn auslassen, werden uns aber demnächst einmal mit ihm weiter beschäftigen.

— Wieder hat ein „Verbrechen“ seine Sühne gefunden. Genosse Potorny-Zwiczau erhielt wegen Beleidigung der Crimmitschauer Fabrikanten, begangen in einer Versammlung in Mevrane, 50 Mk. Geldstrafe. Werden die Herren nun ihre Ehre wieder als vollständig repariert ansehen? Zu verwundern ist nur, von wem den Fabrikanten Worte, die in andern Städten gesprochen werden, zugetragen werden.

Ein guter, tüchtiger Gewerkschafter und Parteigenosse ist vergangene Woche von uns gegangen. Der Weber Karl Krefz, einer

der bravsten, in den ersten Reihen stehenden Kämpfer, der nicht nur einmal den Farn des Unternehmertums zu spüren bekam, hat seinem Leben durch Getränke ein Ziel gesetzt. Schon im vorigen Jahre hatte sich bei ihm geistige Umnachtung eingestellt, in welchem Zustande er jetzt die Tat auch begangen haben dürfte. R. hinterläßt Frau und drei Kinder. Schlaf wohl, du treuer Kämpfer für Freiheit und Recht! Wir werden dich nicht vergessen.

Duisburg. (Versammlungsbericht.) Am Samstag den 5. März tagte bei Ruppert unsere regelmäßige Mitglieder-Versammlung, die ziemlich gut besucht war. Auf der Tagesordnung stand: 1. Aufnahme und Aufnahme, 2. Vortrag über die bevorstehende Gewerbegerichts-wahl, 3. Verschiedenes. Nachdem der erste Punkt erledigt war, wobei 8 Kollegen dem Verbands beitraten, referierte der Gewerbe-gerichtsbeisitzer C. Weyers. Redner verstand es, in trefflicher Weise die Kollegen und Zuhörer mit seinen Ausführungen zu fesseln. Er erläuterte an der Hand von Beispielen und Urteilen die einzelnen Paragraphen der Gewerbeordnung, dabei in Betracht ziehend die Auffassung der hiesigen christlichen Gewerbegerichtsbeisitzer, welche oft sehr abweichend von der ihrer frei organisierten Kollegen wäre; als Arbeitervertreter könnten sie nicht gelten. Redner überzeigte die Kollegen von der Notwendigkeit, sich über die Paragraphen der Gewerbeordnung zu informieren, denn oft genug führte Unkenntnis zum Schaden der Arbeiter. Redner schloß mit der Mahnung, recht kräftig für die freien und kirchlich-demokratischen Kandidaten zu agitieren, damit dieselben zum Siege gelangen und die christlichen Arbeitervertreter von der Bildfläche verschwinden. Diskussion wurde der vorgedachten Zeit wegen nicht gewünscht, obwohl anerkannt wurde, daß es sehr gut wäre, wenn über derartige wichtige Sachen völlige Aufklärung geschafft würde. Unter „Verschiedenem“ drückten die Kollegen ihre Verwunderung aus, daß unsere Versammlungsanzeige im „Textilarbeiter“ nicht angezeigt, was ja jedenfalls als Fehler seitens der Redaktion anzusehen ist. Nachdem die Tagesordnung erledigt war, schloß der Vorsitzende die Versammlung. — Hier möchte ich noch einige ermahnende Worte an die Kollegen richten, die Versammlungen immer recht zahlreich zu besuchen. Die Notwendigkeit, uns in allen wirtschaftlichen Fragen zu schulen, muß doch jedem Arbeiter einleuchten. Leider haben sich in letzter Zeit die Kollegen mit einer Laune an unseren Versammlungen beteiligt, daß es beschämend ist. Die Verhältnisse können hier doch nicht gerade rosig genannt werden. Kollegen, laßt euren Schlandrian beiseite und greift mit ein in das Rad der Zeit! Bedenkt, was alles auf dem Spiele steht. Die Unternehmer rufen sich allerorts mit aller Macht. Bei diesen „Herzen im Hause“ gilt nur ein geschlossenes Auftreten gegen die Arbeiter, ganz gleich, welcher Partei usw. sie angehören. Uns sollte dies ein Aufporn sein, mit noch viel größerem Eifer als bisher die Indifferenten heranzuholen, und sie zu überzeugen, daß es Pflicht eines jeden ist, sich der Organisation anzuschließen. Das kann ein jeder von euch am besten, wenn er in allen Versammlungen am Platze ist und sich dadurch mehr Schulung und Bildung aneignet; dadurch gewinnen wir auch bei den Gegnern und den uns Fernstehenden an Achtung. Welch schönes Werk ist es doch, sich im wirtschaftlichen Kampfe mit gleichgesinnten Kollegen zusammenzuschließen! Will es doch nicht bloß für uns, sondern auch für unsere Kinder und Kindes-kinder, die die Wege geebnet finden sollen. Suche ein jeder alles, was zu Zwifligkeiten führen kann, zu vermeiden, damit unserer großen Sache nicht geschadet wird. Soweit sich die Kollegen der Textilbranche noch nicht dem Verbands angeschlossen haben, fordere ich sie auf, demselben beizutreten, denn nur geschlossen sind wir eine Macht. (Wir haben in der Tat die Versammlungsanzeige überhört. Bitten um Entschuldigung, D. R.)

Einsiedel. Das allgemeine Tagesgespräch bilden hier jetzt die Lohnverhältnisse bei der Firma Brückner. So zahlt Herr Brückner für schwarze Frauenlängen auf einer 18teiligen 36 gg. Längemaschine 30 Pfg. Für den Renner der Strumpfbranche ist das ein äußerst geringer Lohn. Da nun bis jetzt nur ein Arbeiter auf einer solchen Maschine arbeitet, aber in den nächsten Tagen noch mehr Arbeiter mit derartiger Arbeit beghigt werden sollen, so dürfte es zu einem ernstlichen Konflikt kommen. Werden denn die Arbeiter nun bald aus ihrem Schlafe erwachen und sich dem Textilarbeiter-Verband anschließen? Wir wollen es hoffen.

Elsterberg. Bei der Firma Oskar Otto, die doch stets mit den höchsten Löhnen renommieren will, ist gegenwärtig die Lustite eingegriffen, daß ein Weber zitta acht Tage mit einem Stuhl arbeiten muß. Als sich neulich ein Weber beim Direktor E. Dähler beschwerte, erklärte dieser Herr in ironischem Tone: „Für Sie ist die Firma Oskar Otto für immer geschlossen, denn als Zwischenstation liesse sich der Herr Otto nicht einschalten.“ Ob der Inhaber mit der Handlungsweise dieses Herrn einverstanden ist, können wir nicht konstatieren.

Gera. Als Delegierter zur Verbandsgeneralversammlung nach Hannover wurde der zweite Bevollmächtigte, Kollege Ernst Ott, gewählt.

Gera. In der Weberschen Weberei beginnt man mit Maßregelungen, weil die Fabrikeinrichtungen mehrmals kritisiert worden sind. — Der Geschäftsgang ist im allgemeinen ungünstig.

Wörth. (Versammlungsbericht.) Am 28. Februar tagte eine Mitgliederversammlung, in welcher Genosse Kellner einen Vortrag über die Gewerbegerichte hielt. Ihm wurde reichlich Beifall gezollt. Da der Referent eine Reihe Beispiele aus den Verhandlungen vorbrachte, wurden die Mitglieder in manchen Fragen erst aufgefächert, von denen verschiedene Mitglieder noch gar keine Ahnung hatten. Sodann wurde unser ausgeglichenes Mitglied Kollege Wild wieder einstimmig mit den alten Rechten und Pflichten in den Verband aufgenommen. Auch wurde vom Vorstand der Versammlung aufgeheimgeben, wie wir ferner am Orte unsere Agitation betreiben sollen und wurden hierzu verschiedene Vorschläge gemacht, an welche sich eine kleine Diskussion schloß, die aber zu keinem Ziele gelangte. Es wurde dem Vorstand überlassen, die Sache zu regeln. Unter Verschiedenem gab Kollege Brückner in kurzen Worten den Kartellbericht kund und machte die Versammlung auf den Vortrag, den das Kartell veranstaltet, aufmerksam. Das Mitglied Wegen er wurde aus dem Verband ausgeschlossen. Zum Schluß verlas der Kassierer die an- und abgemeldeten Mitglieder.

Großschöna. Das Wahlergebnis ist 76. Wahlbezirk ist folgendes: von 148 abgegebenen Stimmen fielen auf August Jochmann, Großschöna 147, 1 auf R. Buzgel, Ostrib. Es kommen auf Großschöndorf 9, Ostrib 36, Reichenau 22, Oberthumersdorf 7, Weigsdorf 17, Großschöna 58. Stimmen für Jochmann, 1 Stimme in Großschöna lautet für R. Buzgel, Ostrib.

Hohenstein-G. Als Delegierter zur Generalversammlung in Hannover wurde Karl Lorenz gewählt. Die Kollegen von Hohenstein-G. werden hierdurch nochmals aufgefordert, in Anbetracht der Wichtigkeit der Tagesordnung: Die Generalversammlung in Hannover, die nächste Fälligkeit möglichst zahlreich zu besuchen, da zu den gestellten Anträgen Stellung genommen werden soll.

Krefeld. Vor einigen Wochen wurden bekanntlich seitens der Fälligkeitverwaltung die Mitgliedsbücher eingezogen. Der Zweck dieser Einziehung war eigentlich der, ein korrektes Mitgliederverzeichnis zu erlangen, was auch zu Stande gekommen ist. Es hat sich aber durch Vorname der Einziehung gezeigt, daß es höchst notwendig ist, solche Maßnahmen zur Regel zu machen. Ein sehr großer Teil der Bücher befand sich in tadelhaftem Zustande. Besonders zeigte sich, daß noch viele Mitglieder die kleinen Extrablätter nicht entrichten wollen, wiewohl es doch über diese Pflicht keiner Belehrung mehr bedürfen sollte. Beträübend war ganz besonders die Tatsache,

daß ein kleinerer Teil von Auch-Mitgliedern ihr Buch in einem solchen Zustand hatte, daß sie die Herausgabe desselben verweigerten, um dann unter dem jämmerlichen Hinweis auf den Ausgang des Crimmitschauer Kampfes oder andere noch jämmerlicheren Vorwände ihren Austritt zu erklären. Der Verband verliert an solchen Mitgliedern nichts, wiewohl andererseits nicht zu verkennen ist, daß diese Elemente in einem nächsten Kampfe mit tödlicher Gewißheit Streikbruch begehen werden. Hoffentlich blühen sich dieselben doch dafür zu gut und ziehen daraus den richtigen Schluß. Wir wollen an dieser Stelle schon bemerken, daß künftig pro Halbjahr die Mitgliedsbücher eingezogen werden. Wir sind sicher überzeugt, den Wert unserer Fällie damit zu heben.

Lotharich. Bei der Firma Durst u. Krey, Färberei, wurden am Samstag den 5. März fünf ältere Arbeiter ohne Angabe von Gründen entlassen. Die Erbitterung der Arbeiter ist eine beträchtliche, da nicht etwa Arbeitsmangel die Veranlassung zu dieser Maßnahme war. Im Gegenteil, die Firma stellte sofort wieder ungeschulte und billige Arbeitskräfte ein. Auffallenderweise wird diese Praxis bei der Neueinstellung des Meisters R. Tenntes geübt. Ob sie seine eigne Erfindung ist, wissen wir aber nicht. Meister T. will auch bereits die Entdeckung gemacht haben, daß zu seiner Zeit die heutigen „hohen“ Gefellenslöhne nicht gezahlt worden seien. (Trotzdem mögen die Arbeiter damals besser gestanden haben wie heute. Damals waren, um nur eins zu erwähnen, auch die zahlreich eingeleiteten Färbereien nicht Mode, die vielfach nur durch Ueberstunden und Untereiberei künstlich herbeigeführt werden. D. W.) Die Behandlung der Arbeiter ist auch keine überhumane, auch Geldstrafen regnet's in Masse. Es wird Zeit, daß die Arbeiter sich einmal recht ernstlich der Organisation erinnern, denn die Organisationsverhältnisse sind dort ebenso mifflig wie die Arbeitsverhältnisse.

Lotharich. Zahlreiche hiesige Samtweber scheinen vor dem völligen Ruin zu stehen. Während sie vor Zeiten noch als verhältnismäßig gutbezahlte Arbeiter galten, hat die Mehrzahl derselben sich jetzt Jahren buchstäblich durchgehungert. Besonders die Firma Niedieck würde, falls voll gearbeitet worden wäre, vielleicht kaum die Hälfte der jetzt beschäftigten Samtweber benötigt haben. Warum die Leute sich keiner anderen Industrie zugewandt haben? Zunächst ist eine solche hier nicht vorhanden. Das Jägeresse der steinreichen Samtfabrikanten gebot ihnen wohl, keine fremden Güter neben sich zu dulden. Deshalb auch wohl der Ankauf leerstehender Stablfabrikanten, sowie großer Flächen, die möglicherweise eine Anziehungs Kraft auf ein fremdes Unternehmen ausüben könnten. Dann aber sind die Textilarbeiter, von Ausnahmen abgesehen, nicht aus dem Stoffe, der jede Arbeitsveränderung verträgt. Ein paar Jahrzehnte in Fabrikluft, bei verrennspannender Arbeit, und man ist in der Mehrzahl der Fälle das geworden, was reiche Leute gewöhnlich durch übermäßigen Lebensgenuss werden; nervös und abgestählt. Ein solcher Mann ist zu muskelanstrengender Tätigkeit untauglich und von selbst verdammt, alle Hoffnung auf den Weibhuh zu setzen. Die Firma Niedieck reduzierte nun die Arbeitszeit für alle Einspul'er auf dreieinhalb Stunden täglich; den von Boiheim herüberkommenden Arbeitern wurde gefündigt. Man munkelt, daß das selbe alle über 60 Jahre alten Arbeiter treffen soll. Das glauben wir zweifellos. Und geschieht es nicht direkt durch die Firma, dann wird es durch die fortschreitende Einführung des Zweispul'ers geschehen. Der braucht jugendliche Kräfte, keine 60-jährigen. Vor zitta 35 Jahren sangen die Firmeninhaber mit den bescheidensten Mitteln an, und heute überflügeln sie mit ihrem Kapital alle nieder-rheinischen Millionenfirmen der Branche. Die, welche mit ihrer Kraft diesen Reichtum schaffen helfen, haben Anwartschaft auf den Bettelst. Das gehört mit zur „göttlichen Weltordnung“, zur Harmonie zwischen Kapital und Arbeit; das ist die höhnvollste Satire zu der bekannten Rede von der „gesicherten Existenz der Arbeiter“. Dabei scheint man „Oben“ von der Verschuldung und dem ganzen Jammer der Samtweber keine Ahnung zu haben. Gelegentlich einer Baugemeinschafts-Versammlung, zu der Sozialdemokraten keinen Zutritt hatten, erklärte der Bürgermeister der Rhein- und Maas-Reg. zufolge: eine Belastung des Armentats sei bei den hierorts gezahlten hohen Löhnen nicht zu befürchten. Und Arbeiter sowie Vertreter hörten dies an und keiner tat den Mund auf, um den Herrn darüber aufzuklären, daß er falsch berichtet sei; keiner wies zahlenmäßig die herrschende Armut nach. Sie taten also keinesfalls ihre Pflicht; dafür aber besaßen sie eine andere Eigenschaft: sie nannten sich nämlich „christlich“ — wovon allerdings noch keine Spur geworden ist. — Ein Weiser des Altertums prophezeite: „Wenn einst das Webergeschick nicht mehr von des Menschen Hand geschleudert wird, sondern von selbst seinen Weg macht, dann wird alle Not ein Ende haben.“ Als Prophet war er ein Stümper, da er eins vergaß: die Dummheit der Massen.

Mittweida. Bei der am Sonntag den 6. März vollzogenen Wahl des Delegierten zur Generalversammlung in Hannover wurde Kollege Johann Rebel gewählt. Als Ersatzmann gilt Kollege Emil Berche. Die Wahlbeteiligung war eine sehr schwache.

Mittweida. (Versammlungsbericht.) Am Sonntag den 5. März hielt die hiesige Fällie im „Rosengarten“ ihre Mitgliederversammlung ab, die von zitta 80 Kollegen besucht war. — Vor Eintritt in die Tagesordnung gab der Vorsitzende Lehmann den Beschluß des Gesamtvorstandes, Verlegung des Vereinslokalis betreffend, bekannt, welchem die Versammlung einstimmig zustimmte. — Ferner ertheilte die Versammlung das Ableben des verstorbenen Kollegen Vincenz Lenk durch Erheben von den Plätzen. — Nachdem sich Punkt 1 der Tagesordnung durch Verlesen von neun Anmeldeungen und fünf Abmeldeungen erledigt hatte, verlas der Vorsitzende ein Schreiben vom Vertrauensmann der Fällie Rodsch betr. Verschmelzung mit der Fällie Mittweida. Nach längerer Debatte gelangte eine Resolution zur Annahme, die unter anderem verlangt, diese Angelegenheit fallen zu lassen. — Kollege Groez beantragte, vom 1. April ab einen 8. Austräger anzustellen, was mit großer Mehrheit abgelehnt wurde, worauf Groez seinen Posten als Austräger niedigte. — Weiter wurde beschlossene, die eingesammelten Beiträge der Austräger sofort an den Kassierer abzuliefern, sowie die Prozente an die Austräger ebenfalls sofort auszugeben. — Nach Erledigung einiger eingegangener Fragen wurde noch über versch. dene Anträge der Tagesordnung zur Generalversammlung in Hannover debattiert. Zum Schluss wurde noch beschlossen, die nächste Versammlung (Oster-Sonntag) ausfallen zu lassen.

Mühlheim a. M. (Versammlungsbericht.) Am Freitag den 4. März fand im Lokale der Herrn Fritz Böcher, Wallstraße 10, wiederum eine Fabrikerversammlung der Bergschacht von Ch. Andrea statt; sie war gut besucht. Auch in dieser Versammlung wurden noch weitere Maßnahmen zu Tage gefördert. Um selbige zu beseitigen, wurde ein Fabrikantenschuß (6 Kollegen) aus der Mitte der Versammlung gewählt. Unter Verschiedenem kam man auch auf die Unorganisiertheit zu sprechen. Es wurde von verschiedenen Kollegen betont, daß die noch Fernstehenden keine Gefahr bilden für den Fall, daß einmal eine Bewegung ausbrechen sollte. Hieraus wurde die von keinem Wistom gehörte Versammlung um 9 Uhr geschlossen.

Mühlheim-Glabbach. (Versammlungsbericht.) Unsere Fällie hielt am 6. März eine Generalversammlung ab, die nur mäßig besucht war. Dieselbe beschäftigte sich zunächst mit dem Kassierbericht des Gewerkschaftskartells. Des weitern beschäftigte sie sich mit der Delegation für Hannover; gewählt wurde Kollege Vanhult. Er nahm den ihm erstellten Auftrag an und versprach, sein Bestes tun zu wollen. Zum Schluss wählte die Versammlung an Stelle des wegziehenden bisherigen Bevollmächtigten den Kollegen Wietus.

Mühlheim-Glabbach. (Versammlungsbericht.) Am Freitag den 4. März fand eine Fällierversammlung statt. Es wurden Vorschläge zur Delegiertenwahl gemacht und Stellung zu den Anträgen zur Generalversammlung genommen. Die Anträge auf Erhöhung des Beitrags, Einführung der Arbeitslokomunterstützung und Quartierung

finden wunda Sympathie. Es herrschte die Ansicht, daß die Anträge noch weit über seien. Der Wert der Anträge wurde nicht verkannt und von der Generalversammlung nochmalige Verabreichung beschlossen. Unter „Filiatangelegenheiten“ kamen Mißstände in diesen Fabriken und die unbegreifliche Sprachprosa der Gerichte zur Sprache. Von den Mißständen kann man mit dem Richter sagen: „Sie erben sich wie eine ewige Krankheit fort“. Allerdings dürften härtere Strafen zeitig Abhilfe schaffen. Klagen, härter zu strafen, zeigen unsere Gerichte den Arbeitgebern gegenüber nicht, und so werden wohl noch lange die Unternehmer die Gewerbeordnung übertreten, bis eine Strafe und reelle Drohung dem einen Damm entgegensteht. Auch die Förderung der 1/2stündigen Mittagspause kam zur Sprache. Die Ausgabe ist den Fabrikanten zugegangen, bis 20. März a. z. ist ihnen Zeit zum Antworten gelassen. An diesem Tage findet eine öffentliche Textilarbeiterversammlung statt, die sich mit der Antwort der Unternehmer beschäftigen wird und über weitere Schritte beschließen soll. Ägitere jeder lebhaft für starken Besuch! — Die Wahl am Sonntag den 5. März ergab, daß Kollege Menger zum Delegierten nach Hannover gewählt ist. — Durch folgende Nachricht in „Reichenb. Tagbl.“ erfahren wir, daß sich die Reihen der Unternehmer gelöst haben. Es heißt da: „Im Saale des Hotels „zum Lamm“ fand gestern abend eine außerordentlich stark besuchte Versammlung der Arbeitgeber der Textilindustrie von Reichenbach und Umgebung statt, in der die Gründung eines „Zubehörvereins für Reichenbach und Umgebung“ beschlossen wurde. Der Zubehörverein bezweckt die Wahrung und Förderung unserer heimischen Textilindustrie und ihrer einzelnen Betriebe; er soll zur Erlangung der Rechtsfähigkeit in das Vereinsregister des hiesigen Amtsgerichts eingetragen werden. Im Anschlusse an die Gründung des Industrievereins sind die Errichtung der „Zugänge Reichenbach, Wylau, Neichkau und Umgebung des Verbandes von Arbeitgebern der sächsischen Textilindustrie zu Gunsten“ statt. Zwei dieses im Jahre 1896 gegründeten Verbandes ist die Erzielung eines gemeinschaftlichen Vorgehens bei Arbeitgebern der sächsischen Textilindustrie gegenüber unzureichenden Forderungen der Arbeiter. Dieser sächsische Arbeitgeberverband wird ein Glied in der Kette des in Bildung begriffenen Verbandes von Arbeitgebern der deutschen Textilindustrie sein. Die hiesige Textilarbeitergruppe ist von dem Chemnitzer Verbande angehörig Textilarbeitern zum Zwecke selbständiger Erledigung ihrer örtlichen Angelegenheiten innerhalb des Verbandes errichtet worden. Die Beschlüsse des Industrievereins und der Ortsgruppe werden von Herrn Rechtsanwalt Blügel in Reichenbach geführt.“ Ein Glied in der Kette, mit der man die Arbeiter zu fesseln gedenkt. Wichtig wollen die Herren werden. Mächtiger jedoch ist die Not, die die Spekulation und Profitgier geschaffen hat, denn „Not bricht Eisen“. Auch die neue Kette wird brechen, wenn nicht die Not beseitigt wird, die uns zum Kämpfen zwingt. Wir Arbeiter haben die geringste Veranlassung, nun pessimistisch den Kopf hängen zu lassen. In dem Verbande sind auch die Schmutzkonkurrenten, mit denen man sich zu verteidigen beliebt. „Sage mir, mit wem du umgehst und ich sage dir, wer du bist.“ Die Herren, die sich bis jetzt als besser rühten, haben die Verantwortung für die Schmutzkonkurrenten auf sich genommen, indem sie sich mit ihnen verbündeten. Schließlich werden doch die Lohn- und Arbeitsverhältnisse gebessert werden müssen, wenn das rechte Karneval erkannt ist.

Wir machen die werten Mitglieder des Verbandes auf unsere Bibliothek aufmerksam. Es ist sehr bedauerlich, daß dieselbe so schlecht besucht wird. Dieselbe ist jetzt an 400 Bände stark und wir hoffen damit jeden Liebhabenden zufrieden zu stellen. Gute wissenschaftliche Werke, Klassiker-Werke, Romane, Novellen etc. wechseln in bunter Reihe. Und dabei ist das Besondere so niedrig gefest, daß jeder die Bibliothek benutzen kann. Der monatliche Preis beträgt 5 Pf. Und da jeden Sonntag, morgens von 11 bis 12 Uhr, im Lokale Michael, große Bruchstraße, Bücherwechsel stattfindet, so sollte kein Mitglied verkommen, die Bibliothek zu benutzen. Als neues Buch ist noch eingetroffen: „Sechzehn Jahre in Sibirien“, von einem russischen Revolutionär.

Bosamentierer = Bewegung.

Ein die Stellungsuchenden Kollegen von auswärts!
In letzter Zeit hat sich ein Mißstand im Arbeitsnachweis geltend gemacht, der aus die Möglichkeit der Stellungsuchenden Kollegen zurückzuführen ist. Etliche Kollegen wenden sich an uns um Stellung, die ihnen dann umgehend zugewiesen wird. Wir erhalten dann nach einer Woche und noch später die Nachricht, daß sie schon anderweitig Beschäftigung haben. Auch bekommen wir überhaupt keinen Bescheid, ob die Stellung besetzt worden ist. Wenn der Zentral-Arbeitsnachweis überhaupt keine Berechtigung haben soll, so ist es nicht eines jeden Stellungsuchenden Kollegen, jede Privatvermittlung zu meiden und sich nur an den „Zentral-Arbeitsnachweis der Bosamentierer Deutschlands“, Berlin, Alie Jakobstr. 66 bei Wittich, zu wenden.
Die Kommission.
Z. A.: Ernst Daus.

Gewerkschaftliche Arbeiterbewegung.

In der Gummiwandfabrik der Firma F. Hoyer in Ritzsch i. V. sind ernste Differenzen ausgebrochen. Zugang wollte man streng vermeiden.
Infolge Neuregulierung des Alfordlohnarfs für die Spinnerinnen sind in der Strumpfgarnfabrik von Gebrüder Feilhorn in Debschütz bei Oera Differenzen ausgebrochen. Es kommen 34 Arbeiterinnen in Betracht. Sie behaupten, daß durch die Neuregulierung bis zu 10 Prozent Lohnreduktion entsteht.
In der Hemmelfinger Zutepperei und Weberei sind Differenzen ausgebrochen. Die Direktion der Zutepperei und Weberei bietet alles mögliche auf, die agitatorisch wirkenden Kollegen und Kolleginnen, die die Interessen der gesamten Textilarbeiter in allen Teilen und nach jeder Richtung hin vertreten, los zu werden. Zugang nach Hemmelfingen wollte man daher streng unterlassen. Sämtliche arbeitserfreundlichen Blätter werden um Abdruck gebeten.

Gewerkschaftliches.

Das Unternehmertum der Unterweserorte trachtet die dort schon große Arbeitslosigkeit durch Heranziehung fremder Arbeitskräfte zu vermindern; offenbar um eine große Ausperrung vorzubereiten. Das Gewerkschaftskartell in Bremerhaven hat sich zur Abwehr dieser Bestrebungen veranlaßt gesehen, beim Stadtrat um Errichtung eines kommunalen paritätischen Arbeitsnachweises zu petitionieren. Anfangs hatte es den Anschein, als könne aus der Sache etwas werden, da die angegangene Behörde zu Verhandlungen bereit war. Das stürzte jedoch die Kreise des Unternehmertums und so entschloß sich denn der Stadtrat entsetzungsvoll zu folgendem Schreiben an das Gewerkschaftskartell:
Auf Ihren Antrag vom 14. September v. J. betreffend Einrichtung eines kommunalen paritätischen Arbeitsnachweises für Arbeitgeber und Arbeitnehmer, verfehlen wir nicht, zu erwidern, daß wir die Sache eingehend geprüft und insbesondere auch mit Rücksicht auf die in anderen Städten laut eingegangener Mitteilungen hierdurch erzielten Erfolge unfererseits bereit sein würden, der Frage nach einer solchen Einrichtung näher zu treten, daß wir aber dennoch von einer Weiterverfolgung der Angelegenheit glauben Abstand nehmen zu müssen, weil die sächsi-

lichen in Betracht kommenden, von uns zur Heranziehung aufgeforderten hiesigen Arbeitgeber-Verbände sich gegen diese Einrichtung ausgesprochen haben, weil ihrerseits bereits ein ausreichender Arbeitsnachweis im Leben gezeu sei.

Bremerhaven, den 20. Februar 1904.
Der Stadtrat. Sagemann.
Inzwischen sind nun auch die Arbeitgeber weiter an den Ausbau des (für sie!) „ausreichenden“ Arbeitsnachweises gegangen. Die koalitierten Unternehmer für das Baugewerbe haben einen solchen geschaffenen, der ausgesprochen den Charakter eines Mahregelungsbureaus trägt. Der Stadtrat von Bremerhaven aber muß mit gebundenen Händen zusehen, wie die Unternehmer ihre geplante Mißsenanzsperrung weiter vorbereiten. Er ist zwar „seinerseits bereit“, der Frage eines paritätischen Nachweises näher zu treten, aber es haben die Arbeitgeber-Verbände sich gegen diese Einrichtung ausgesprochen und da ist natürlich die wohlwollendste Behörde ohnmächtig. Daß die Arbeiter den paritätischen Nachweis verlangen, ist nebensächlich.

Die Leistungen des deutschen Buchdruckerverbandes an arbeitslose Mitglieder sind im Jahre 1903 wegen besserer Gewerbsverhältnisse zwar zurückgegangen, machen aber doch noch bedeutende Summen aus. Ingesamt wurden an Hilfs- und Ortsunterstützung ausbezahlt:
im Jahre 1903 785 522,55 Mk. für 587 487 Tage
1902 897 046,37 „ „ 675 470 „
Weiliger 1903 112 129,82 Mk. für 87 968 Tage
Von den im Jahre 1903 insgesamt bezahlten 587 486 Unterstützungen entfielen auf die Säger 475 531 Tage auf die Drucker 97 062 Tage und auf die Bleker (wovon auch Stereotypenre und Galvanoplastiker gerechnet sind) 14 893 Tage.

Soziales.

Das Kammergericht über Schutzvorrichtungen in Fabriken.
Im Juni 1903 war ein Arbeiter in einer Fabrik zu Königsberg i. P. so schwer verunglückt, daß er bald starb. Er war einer Welle zu nahe gekommen, wurde von dieser erfaßt und herumgeschleudert. Gegen L. und W., welche leitende Stellen in der Fabrik einnahmen, wurde ein Strafverfahren eröffnet, und zwar sowohl wegen fahrlässiger Tötung als auch wegen Übertretung einer Polizeiverordnung vom 22. August 1882. Das Landgericht sprach jedoch die beiden Angeklagten frei, indem es davon ausging, daß der Verlorbene in hohem Grade sorglos gehandelt habe. Er habe sich selbst der Gefahr, von der Welle ergriffen zu werden, angesetzt. Die Polizeiverordnung wolle nur die Arbeiter insoweit schützen, als der Betrieb an sich die Arbeiter gefährde. Gegen diese Entscheidung legte die Staatsanwaltschaft Revision beim Kammergericht ein mit der Behauptung, der Vorderrichter habe die Vorentscheidung durch Nichtanwendung jener Polizeiverordnung verweigert. Das Kammergericht hob auch die Vorentscheidung auf und wies die Sache zur anderweitigen Verhandlung und Entscheidung an das Landgericht mit der Begründung zurück, die Schutzvorrichtungen, z. B. die Umkleidung von freiliegenden Maschinenteilen, müssen derart beschaffen sein, daß sie unter allen Umständen den Arbeitern den Schutz gewähren, und zwar nicht nur den vorstehenden, sondern auch den unvorsichtigen und leichtfertigen Arbeitern, welche die Gefahren gering achten.

Wertstoff oder Fabrik. Zur Frage der Anwendbarkeit der §§ 135-139 und 180b der Gewerbeordnung auf die Wollschneidereien wird der Berliner „Volksw.“ von einem Juristen mitgeteilt, daß das Oberlandesgericht Hamm durch Urteil vom 2. November 1903 sich zu Gunsten der Anwendbarkeit ausgesprochen hat. Schöffengericht und Strafkammer hatten die Inhaberin eines großen Wollschneiderei freigesprochen, weil sie die ausschließliche Anfertigung nach Maß, trotz Vorliegen aller sonstigen Bedingungen — große Zahl der beschäftigten Arbeiterinnen, großer Umfang der Produktion, Trennung der kaufmännischen und technischen Seite des Betriebes, Arbeits-Zeitung — als ein den Fabrikbetriebe ausschließendes Merkmal erachteten. Das Oberlandesgericht sagt demgegenüber: „Zubedenken für die Annahme eines Fabrikbetriebes ist die Verfertigung von Waren im großen, in Masse, nicht notwendig. Es ist auch nicht wesentlich, ob die auf Bestellung und nach den Angaben und Wünschen der einzelnen Besteller hergestellten Waren wieder in Fabriken Verwendung finden, wie gewisse Maschinen, oder ob sie anderen Zwecken dienen, wie Kanonen, Schiffe, Kollime.“ Damit soll die Ausfertigung der Angeklagten widerlegt werden, daß ein Unterschied zu machen sei zwischen Waren, die weiterer Produktion und solchen, die rein konsumtiven Zwecken dienen.

Literarisches.

Bei der Redaktion eingegangene Schriften etc.
4. Geschäftsbericht für das Jahr 1903 des Arbeiterssekretariats Halle a. S.
„In freien Stunden.“ Illustrierte Wochenschrift für das arbeitende Volk. 11. Heft. Es bringt die Fortsetzung des Romans „Die Inkubirten des Walfischnippt“ von Friedrich Schöcher; ferner die Fortsetzung des Romans „Gabriel Lambert, der Galvanisator“, von Alexander Dumas; außerdem eine kleine Erzählung „Ein König der Fälscher“, sowie „Dies und Jenes“, „Wiß und Scherz“, die den Inhalt des Heftes vervollständigen. Jedes Heft kostet 10 Pf. und ist in allen Partebuchhandlungen zu haben.
„März-Zeitung.“ Sie ist wie ihre Vorgängerinnen reich illustriert und erinert in Wort und Bild an Ferdinand Lassalle und seine Bedeutung für die deutsche Arbeiterklasse. Sie ist aber auch ein Gebetsblatt für jene Helden der Freiheit, die mit Wort und Bild der Freiheit eine Gasse bahnten. Die Zeitung kostet 10 Pf. Bestellungen nimmt auch die Buchhandlung „Vorwärts“, Berlin SW. 68, Lindenstraße 69, entgegen.
Bestellungen nimmt entgegen Reicherts Buchhandl., Chemnitz, Uferstr. 14.

Bekanntgaben.

An die Filialen des Agitationsbezirks „Nordwest“.
Das Agitationskomitee hat sich jetzt konstituiert. In der Sitzung am 6. März wurde als Vorsitzender wiedergewählt August Hermann, Nordstraße 27/79, I in Bremen. Als Kassierer des Komitees wurde Heinrich Renzelmann, Bremen, Wiestraße 57, wiedergewählt. Alle Zuschriften, Agitation usw. betreffend, sind an die Adresse des Vorsitzenden, alle Geldsendungen an die Adresse des Kassierers zu richten.
August Hermann.

Verband aller in der Textilindustrie beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands.

Vorum. Die Adresse des Vorsitzenden ist: Fritz Kiehnel, Germaniastr. 55, die des Kassierers: Joh. Klapp, Roit III 87 II. **Großhans.** Ausgelassen ist nach § 6a des Statuts Karl Köstlich, St. Nr. 18471, Orts-Nr. 117. **W. Gladbach.** Vorsitzender: Josef Wieland, Abenderstraße 210. Schriftführer: Herm. Masing, Bismarckstraße 31. Etwaige Anfragen sind an letzteren zu richten. **Mittweida.** (Bekanntmachung.) Der Weber Hermann Schiel, Buch-Nr. 151878, wird hierdurch ersucht, seinen Verpflichtungen in Mittweida nachzukommen. Die Ortsverwaltung. **Wiß. Staub.** Kassierer, Burgstädter Str. 25. **Mühlhausen i. Thür.** Die Krankenunterstützung wird nur noch Sonnabends mittags von 12 bis 1 Uhr und abends von 6 bis 7 Uhr beim Kassierer, Ammerstr. 63, 2, ausgezahlt.

Die Wohnung des Vorsitzenden Louis Kihling befindet sich vom 1. April 1904 ab Langenlauer Str. 58. — Das Verzeichnis lokal ist jetzt das Gewerkschaftshaus (Thüringer Hof).

Versammlungs-Kalender.

Versammlungen des Textilarbeiterverbandes.
Alpolda. Sonnabend den 26. März im „Vorwärts“.
Barmen-Richtentplatz. Sonntag den 27. März, vormittags 11 Uhr, bei Schröder.
Berlin V. (Seiler.) Sonntag den 27. März, nachmittags 5 Uhr, bei Frindt, Weinstraße 11.
Bernaun. Sonnabend den 26. März, abends halb 9 Uhr, im „Schützenhaus“.
Callenberg. Sonntag den 27. März, nachmittags 4 Uhr, im „Felsenkeller“.
Cosmar. Sonntag den 27. März, nachmittags 8 Uhr, im „Goldenen Aler“, Döhrstraße.
Eiberfeld. Sonnabend den 26. März, abends halb 9 Uhr, im „Volkshaus“, Hochstraße.
Freiburg. Sonnabend den 26. März, abends halb 9 Uhr, im Restaurant „Höllental“.
Görlitz. Sonnabend den 26. März, abends halb 9 Uhr, im „Felsenkeller“.
Herford. Sonnabend den 26. März bei Schulze, Göttenstraße.
Hilden. Montag den 28. März, abends 9 Uhr, in der „Zeche“.
Kirchberg. Sonntag den 27. März, nachmittags 5 Uhr, in der „Bartische“.
Lörrach. Sonnabend den 26. März, abends halb 9 Uhr, in der „Palme“.
Maulburg. Sonntag den 27. März, nachmittags 3 Uhr, im „Bad“.
Neuchâtel. Sonnabend den 26. März, abends 9 Uhr, im „Bayrischen Hof“ (Saal).
Nowawes. Sonnabend den 26. März.
Pommernburg. Sonnabend den 26. März, abends 9 Uhr, im „Fürstenteller“.
Schiffach. Sonntag den 27. März, nachmittags 1 Uhr, in der „Sonne“ (Wälder).
Schwiebus. Sonntag den 27. März, nachmittags 4 Uhr, bei Gondolatsch.
Stuttgart. Sonnabend den 26. März, abends 8 Uhr, im „Gewerkschaftshaus“.
Süchteln. Sonntag den 27. März, abends 6 Uhr, bei Hartmanns.

Sonstige Zusammenkünfte.

Aue. Freitag den 25. März, abends halb 9 Uhr, bei Neumann: **Zahlabend.**
Freiberg i. Sa. Dienstag den 29. März, abends halb 9 Uhr, bei Adamowitsch, Schöneberg: **Zahlabend.**
Niederschönweide. Jeden Sonnabend abend von 5 Uhr an bei Paul, Grünauerstraße: **Zahlabend.**
Oberkammerdorf. Sonnabend den 26. März: **Zahlabend.**
Plauen i. V. Sonnabend den 26. März, abends halb 9 Uhr, im „Schillergarten“: **Versammlung.**
Reichenau. Sonntag den 29. März, nachmittags 8 Uhr, im „Hirsch“: **Zahlabend.**
Erscheinen aller in allen Versammlungen notwendig.

Quittung.

Zur Weiterbeförderung nach Grimnitzhausen gingen folgende Beiträge ein:
H. Guggler, Redakteur der Ostschweizerischen Industriezeitung, Hundwil, 6,47; durch D. O., Ueberführung von einer Kreuzspende 0,70; Verein der Drucker, Chemnitz, 30,00; Filiale Beckader 24,50; Karl Albert, Weida, 2,08; von den Einzelmitgliedern der Filiale für Buchholz und Umg. 10,00.
Abiu Reichelt.

Briefkasten.

B. Mittweida. Wir können uns nicht erinnern, ob eine solche Notiz bei uns eingegangen ist. Vielleicht war sie an die „Volkstimme“ gesandt worden.
Wegen Raummangels mußten eine Reihe Einsendungen zurückgestellt werden.

(Die Schriftführer werden ersucht, nur schmales Papier zu benutzen und dieses nur auf einer Seite, und zwar mit Spitze zu beschreiben. Auch bitten wir, nicht zu eng zu schreiben damit genügend Platz für Korrektur bleibt. Berichte, die dieser Vorschrift nicht entsprechen, können in Zukunft nicht mehr berücksichtigt werden. Die Red.)

Berlin I. Sonnabend den 26. März, abends 1/9 Uhr, bei Tagesordnung: 1. Vortrag über Chamisso mit Rezitation. 2. Wie feiern wir unser Stiftungsfest. 3. Verschiedenes. — Um zahlreich erscheinen ersucht Der Vorstand

Filiale Köln a. Rh. Samstag den 26. März, abends 1/9 Uhr, im „Gewerkschaftshaus“, Severinstr. 199: **Mitglieder-Versammlung.** Tagesordnung wird im Lokale bekannt gegeben. — Nicht aller Kollegen ist es in dieser Versammlung zu erscheinen. Die Versammlung am 2. April fällt aus. Der Vorstand.

Reichenbach i. V.

Sonntag den 20. März, nachmittags 1/8 Uhr, findet im Saale der „Tonhalle“ eine **große öffentliche Textilarbeiter-Versammlung** statt. Tagesordnung: Antwortschreiben der Fabrikanten auf die Eingabe, in welcher um Einführung der 1/2stündigen Mittagspause ersucht wurde. — Kollegen, erscheint in Massen in dieser Versammlung. Zeigt, daß ihr das Kämpfen trotz des Grimnitzer Gewaltes nicht verlernt habt. Der Einberufer.

Gestorben:

Hirschfeld. Am 10. März Verbandsmitglied Luise Wänch, 37 Jahre alt — Bauchfellentzündung.
Germannsdorf. Am 10. März Verbandsmitglied Wilhelmine Hartmann, 50 Jahre alt.
Bremen. Am 4. März Verbandsmitglied Weber Peter Tannich, 50 Jahre alt; am 8. März Verbandsmitglied Heinrich Wehmeyer, 49 Jahre alt.
Großhansdorf. Verbandsmitglied F. Eduard Noack, 65 Jahre alt. — Erkrankung bei einem Schreibbrett.
Mittweida. Verbandsmitglied Max May, 19 Jahre alt.
Über ihren Angehörigen!
Verleger: Clement Bieweg, Abbein. — Redakteur: Paul Wagener, Chemnitz. — Drucker: Baisberg u. Co., Chemnitz.
Hierzu eine Beilage.

Beilage zu Nr. 12 des Textilarbeiters.

Chemnitz, Freitag den 18 März 1904.

Delegiertenwahlen

zur Generalversammlung in Hannover.

Folgende Delegierte sind bis Sonntag den 13. März beim Zentralvorstand angemeldet worden:

- Wahlbezirk
2. Joseph Feinhals, Nachen.
 3. Wilh. Döfner, Nachenburg.
 4. Karl Schrader, Apolda.
 5. Emil Jan, Berlin.
 6. Wilh. Höhrig, Barmen.
 7. Jos. Nienhaus, Braunschweig.
 8. Anton Kleiner, Bremen.
 9. Emil Kille, Burgbladt.
 10. Ernst Edel, Rassel.
 11. Aug. v. d. Berg, Krefeld.
 12. Hermann Chemnitz, Chemnitz.
 13. Albin Pecht, Chemnitz.
 14. Adolf Höpfer, Kottbus.
 15. Franz Weick, Röhren.
 16. Emil Geiler, Callenberg b. W.
 17. Anton Münch, Kolmar.
 18. Wenzel Starck, Delmenhorst.
 19. Aug. Steinbrück, Elberfeld.
 21. Rudolf Böhm, Finsterwalde.
 23. Hugo Höpner, Frankenberg.
 24. Ernst Ott, Gera.
 25. Emil Wenzel, Guben.
 26. Otto Fritsch, Gütlich.
 27. Ernst Krause, Glauchau.
 28. Paul Körner, Greiz.
 29. Bernhard Seidler, Gildeshausen.
 30. Karl Lorenz, Hohenstein-G.
 34. Wilh. Schönwälder, Langenbielau.
 35. Josef Wetzke, Lechhausen.
 36. Wilh. Heimes, Lobberich.
 38. Otto Ludwig, Limbach.
 39. Karl Steyer, Meerane.
 40. Wilh. Panhyris, M.-Stadbach.
 42. Richard Hofmann, Nylau.
 43. Johann Nebel, Wittweida.
 44. Wilh. Christner, Markirch.
 45. Josef Gsell, Willhaufen i. Gf.
 46. Karl Reinhardt, Rowawes.
 47. Friedr. Pfaff, Reichenbach.
 49. Wilh. Lucke, Reichenbach.
 51. Karl Hofmann, Reichenbach.
 52. August Wenzel, Röhren.
 54. Friedr. Bergner, Röhren.
 56. Paul Neumann, Rumelsburg.
 58. Wenzel Reichenbach i. B.
 59. Adolf Kießlich, Spremberg.
 60. Paul Kicker, Sorau.
 61. Kurt Tränkner, Wegefeld.
 63. Karl Wöblich, Wittgenstorf.
 65. Aug. Schneck, Zwickau.
 66. Wilh. Berndt, Zwickau.
 67. Otto Buch, Zwickau a. S.
 69. Aug. Schönknecht, Zwickau i. Schl.
 70. Aug. Thomas, Zwickau.
 71. Hermann Krähig, Zwickau i. Schl.
 72. Schneider, Zwickau i. Schl.
 75. Emil Thierfelder, Zwickau.
 76. August Jochmann, Zwickau.
 77. Karl Körner, Zwickau.
 78. Paul Stöbel, Zwickau i. B.
 79. Oscar Jülicher, Zwickau.
 80. Friedr. Unger, Zwickau.
 82. Paul Viehweg, Zwickau.
 83. Aug. Lange, Zwickau.
 84. Paul Feiner, Zwickau.
 85. Ernst Förner, Zwickau.
 86. Martin Hermann, Zwickau.
 88. Paul Steyer, Zwickau.
 89. Max Otto, Zwickau.
 92. Hermann Voigt, Zwickau.
 93. Emil Uerbach, Zwickau.
 95. Günther, Zwickau.
 96. Franz Werner, Zwickau.
 97. Johann Krasser, Zwickau.
 98. Julius Kühner, Zwickau.
 99. Herm. Grimm, Zwickau.
 100. Karl Stärke, Zwickau.
 102. Kolmann Kaiser, Zwickau.
 103. Johann Arzberger, Zwickau.
 104. August Frey, Zwickau.
 107. Ludwig Fichtl, Zwickau.
 108. Wilh. Brigel, Zwickau.
 109. Otto Schenk, Zwickau.
 110. Jakob Fachinger, Zwickau.
 111. Joh. Busch, Zwickau.
 114. Karl Reich, Zwickau.
 116. Friedr. Kühnel, Zwickau.
 117. Bernh. Brüggemann, Zwickau.
 119. Wilh. Jantzen, Zwickau.
 120. E. Witt, Zwickau.

Generalkommission: Karl Legien, Berlin.
Zentralvorstand und Ausschuss: Carl Hübsch, Berlin;
Georg Freye, Berlin; Emil Diebers, Berlin; Wilh. Höfner, Berlin.
Fachpresse: Clemens Bierweg, Döbeln; Otto König,
Chemnitz; Paul Wagener, Chemnitz; Albin Reichelt, Chemnitz.
Ferner sind noch angemeldet: Karl Feitweiss, Krefeld; Max
Schiller, Chemnitz.

Zur bevorstehenden Generalversammlung unseres Verbandes.

Unterstützungsfragen.
Noch ruht im Schilde der Zukunft, was in Hannover beschlossen werden wird. Ueber Mangel an Anträgen werden sich die Delegierten nicht beklagen können. Wenn dennoch im nachstehenden einiges zur Berücksichtigung mit auf den Weg gegeben wird, so geschieht es den Ermahnungen zufolge, die die Praxis uns kundgibt.

Sollte unsere Krankengeld-Zuschussklasse keine Abänderung erfahren — was abgesehen von der Befestigung der 7-tägigen Wartezeit zu erwarten ist —, so müßten dennoch einige Erläuterungen zu den Ausführungsbestimmungen erlassen werden.

Welche Steigerung des Anspruches auf Krankengeld soll eintreten, wenn während der Bezugszeit die zwei- oder vierjährige Mitgliedschaftsdauer erreicht wird? In vielen derartigen Fällen läßt sich der so gesteigerte Anspruch sehr wohl berechnen, dagegen dürfte nachstehend angerommener Fall schon sehr viel Meinungsverschiedenheit zeitigen: Ein erkranktes Mitglied gehört 8 Wochen weniger als 4 Jahre dem Verband an und erhält somit pro Woche 8 Mk. Unterstützung. Die Krankheit dauert so lange, daß das Mitglied beim achten Krankengeldbezug die vierjährige Mitgliedschaftsdauer um eine Woche überschritten hat. Welchen Anspruch hat das betreffende Mitglied dann noch?

In kleinen Filialen wird man selten oder gar nicht vor solche Entscheidungen gestellt, dagegen dürften die Kassierer großer Filialen die Berechtigung der Frage anerkennen.

Um allen irtigen Auslegungen aus dem Wege zu gehen, dürfte es sich empfehlen, folgende Bestimmung zu treffen:

„Eine Erhöhung oder längere Fortdauer des Krankengeld-Zuschusses wird dadurch nicht herbeigeführt, daß während der Bezugsdauer von der einjährigen die zweijährige, oder von der zweijährigen die vierjährige Mitgliedschaft erreicht wird.“

Weiter ist im Statut zur Beitragsleistung resp. Beitragsentbindung auszusprechen, ob die Bezüge von Eintritt, Ausgesperrten oder Gemahregestellten-Unterstützung während dieses Bezugs auch vom Beitrag entbunden sein sollen.

Auch folgende Bestimmung empfiehlt sich:
„Für die Woche der Erkrankung und der Wiedergenehung sind Beiträge zu bezahlen, sofern der Betroffene in den genannten Wochen 4 Tage arbeitete.“

Unsere künftigen Kämpfe und deren Leitung.

Nach den Bestimmungen unseres Statuts hat bisher der Zentralvorstand und der Ausschuss darüber die Entscheidung gehabt, ob die Mitglieder einen Streik beginnen könnten.

Von welchen Umständen die Beendigung eines Kampfes (Streik oder Aussperrung) verfügt werden kann, ist innerhalb unseres Verbandes noch nicht festgelegt. Bisher haben bei einmal vorkommenden Kämpfen die Kämpfenden zumeist selbst über Ende oder Fortdauer entschieden können.

Für die Zukunft kann dieser Zustand nicht mehr als richtig gelten. Die Geschicke und Veröffentlichungen, die in letzter Zeit aus dem feindlichen Lager der Fabrikantenorganisationen zu unserer Kenntnis gelangt sind, zwingen uns sogar zu einer möglichst schleunigen Regelung der bezeichneten Frage.

Wenn es bei einem organisierten Fabrikanten — und das sind die Herren ja fast ohne Ausnahme — zum Streik gekommen ist, und seine Organisation ihn als den ganz selbstverständlich im Recht Befindlichen erklärt hat, so entscheidet nicht mehr er darüber, wann und unter welchen Umständen der Streik oder die insinuischen verhängte Aussperrung beendet wird, sondern eine aus der Organisation heraus dazu eingesetzte Aktionskommission.

Man wird zugeben müssen, daß in dieser Form der Kampfführung die höchste Vollendung ihren Ausdruck findet, die in dem organisierten Ringen der Ausbeuter gegen die Ausgebeuteten zur Anwendung gebracht werden kann.

Nach diesem Rezept arbeitete schon voriges Jahr anlässlich des Bretthalischen Streiks und der demzufolge angebrochenen Aussperrung die Organisation der niederheinischen Textilfabrikanten.

Die gewerkschaftlich organisierten Arbeiter Deutschlands, insbesondere die der Textilindustrie, dürften durch die Erfahrungen der letzten Zeit durchschlagend überzeugt worden sein, daß die künftigen Kämpfe immer größeren Umfang annehmen werden.

Letztere Ueberzeugung gebietet dann aber auch, daraus die richtigen Konsequenzen zu ziehen. Es darf in Zukunft nicht mehr dem Beschluß einer einzelnen Belegschaft unterstellt sein, ob es zu einer nach Zehntausenden zählenden Aussperrung kommt oder nicht!

Eine solche Verantwortung wird eine einzelne Belegschaft auch weder tragen können noch wollen. Noch weniger aber darf die Organisation der Arbeiter ihre eventuelle Vernichtung von solchen Entscheidungen abhängig machen dürfen.

Es empfiehlt sich daher dringend, unserm Statut eine Bestimmung einzuverleiben, durch die diesem Mangel Rechnung getragen wird. Diefelbe könnte vielleicht folgenden Wortlaut haben:

„Die endgültige Entscheidung darüber, wann ein Streik oder eine Aussperrung zu beenden ist, steht dem Zentralvorstand und Ausschuss zu und haben sich die beteiligten Mitglieder vorkommenden Falls unter allen Umständen einer solchen Entscheidung zu fügen.“

Diese Bestimmung, so wenig anheimelnd sie erscheinen mag, sie ist notwendig, um dem Provolationsgelingen der Fabrikanten einen Faktor entgegenstellen zu können, der frei von Leidenschaft und kühn berechnend die Situation am richtigsten abzuschätzen vermag.

Paulsen.

Zur Beitragserhöhung.

Raum regt sich ein Kollege gegen die geplante Beitragserhöhung, so sieht ihn auch schon ein Befürworter derselben im Geiste. In Nr. 10 äußert Kollege Frey-Lambrecht einige Bedenken gegen die Beitragserhöhung, sowie über die Gauseinteilung und Arbeitslosenunterstützung und regt gleichzeitig die kleineren Filialen zur Opposition dagegen an, und in Nr. 11 sucht ihn schon Kollege Edel-Kassel zu beweisen, daß er dies mit Unrecht tue. Er schreibt: „Wenn die Opposition bis jetzt noch nicht in dem Maße aufgetreten ist, wie Kollege Frey es erwartet, dann liegt es meiner Ansicht nach daran, daß angesichts des beendigten Kampfes in Grimnitzau allgemein die Ueberzeugung zum Durchbruch kommt, daß die Beitragserhöhung eben notwendig ist.“ Diesen Schluß zu ziehen, dürfte doch wohl etwas voreilig sein, denn das Verhalten der zehn Filialen, die in Nr. 9 veröffentlicht werden, weil sie die Abrechnung nicht eingekündet, sowie das Verhalten der 98 Mitglieder, welche erst kürzlich allein in Röhren wegen rückständiger Beiträge gestrichen wurden, spricht gegen die Ansicht des Kollegen Edel. Doch die Ansichten sind eben verchieden, und meine Ansicht geht dahin, daß gerade die Art und Weise, wie man seither den Gegnern einer Beitragserhöhung entgegengetreten ist, diese zum Schweigen veranlaßt. Die Befürworter der Beitragserhöhung, meistens Vertreter größerer Filialen, erscheinen zuerst auf dem Platze und betrachten die Sache immer nur von einer Seite; es werden großartige Projekte aufgestellt und man verpflichtet sich runder was für einen Erfolg. Es wird dabei keine Rücksicht darauf genommen, ob die kleineren, ärmeren Orte eine Beitragserhöhung vertragen können oder nicht. Wenn nun aber ein Vertreter einer kleineren Filiale auf die Gefahr hinweist, daß er nur zu genau kennt, und vielleicht auch Befragten um die fernere Existenz seiner Filiale vor einem gewagten Experiment abtät, dann tun die Vorführer der großen

Filialen, als wären sie allein der Verband. Ohne die Bedenken der kleineren Filialen sachlich zu prüfen, sucht man ihnen Wortworte und schlechte Motive zu unterchieben, als: sie hemmen die Aktion, hindern die Opferwilligkeit der Mitglieder usw. Ein drastisches Beispiel ist die Polemik des Kollegen Bretschneider-Gera kontra Filiale Ronneburg vom Juli und August vorigen Jahres. Es ist nicht jedermanns Sache, sich in eine derartige Polemik einzulassen, und mancher Kollege schweigt sich lieber aus. Nach Kollegen Edels Ansicht sollte überhaupt niemand gegen die Erhöhung der Beiträge auftreten, weil dadurch nur eine „künstliche“ Opposition erzeugt würde. Wenn Kollege Edel die Periode der ersten Beitrags-erhöhung in so einer kleinen Filiale, wo der Verdienst ein geringerer ist, als Kassierer mit durchgemacht hätte, so würde er seinen Artikel sicher nicht geschrieben haben. Er scheint nicht zu denjenigen Kollegen zu zählen, die sich mit einem Wochenverdienst von 12 Mk. und weniger begnügen müssen; schon seine Morde verriet, daß er sich besser stellt, und daraus erklärt es sich, daß er den Mund so voll nimmt.

Ich kann den Ausführungen des Kollegen Frey nur beipflichten. Eine abermalige Erhöhung der Beiträge würde die kleinen Filialen, die sich kaum wieder erholt haben, wiederum schwächen und ihre Existenz in Frage stellen. Es ist zwar logisch richtig, daß bei erhöhten Beiträgen der Verband mehr leisten könnte, doch was nützen die Leistungen, wenn inzwischen die Mitglieder dem Verband den Rücken kehren. Die Unterstützungsleistungen, darüber so viel geredet wird, verlieren ihre Anziehungskraft, sobald auch höhere Anforderungen an die Mitglieder gestellt werden. Die Krankenunterstützung sollte z. B. dem Wechsel vorbeugen und die Mitglieder an den Verband festeln. Diese Erwartung ist nicht eingetroffen. Wir in Ronneburg hatten im vorigen Jahre bei einem Zugang von 52 einen Abgang von 41 Mitgliedern. Man sollte endlich den Standpunkt aufgeben, daß mit Erhöhung der Beiträge und dementsprechenden höheren Leistungen die Massen für den Verband zu gewinnen seien. Man sollte vielmehr Mittel und Wege suchen, bei dem jetzigen Beitrag von 20 Pfg. die Massen zu organisieren. Eine organisierte Masse wird dem Unternehmertum sicher mehr imponieren, als eine gestülpte Masse. In aber einmal die Masse organisiert, so wird sich auch die Masse füllen. Man möge bedenken, daß wir als Arbeiter noch andere Pflichten haben.

Es ist Pflicht eines jeden Arbeiters, sich politisch und gewerkschaftlich zu organisieren und die Arbeiterpresse zu lesen. Das alles kostet Geld. Dazu kommt noch, daß wir in Sachsen und den thüringischen Staaten schon das Einkommen von 60 Mk. ab verlieren müssen, während in Preußen das Einkommen bis 900 Mk. frei ist. Gerade die kleinen Orte haben sehr viel Interesse daran, daß ihre Gewerkschaft nicht durch zu hohe Beiträge zu Grunde gerichtet wird. In den kleinen Orten sind die Lohn- und Arbeitsverhältnisse am schlechtesten, in den kleinen Orten sind die Schmutzkontrollen, und diese ist schuld daran, daß in größeren Orten bei Lohnbewegungen gar keine oder nur Augenblickserfolge erzielt werden. Durch zu hohe Beiträge werden die kleinen Filialen niemals erstarben, können somit niemals etwas erlangen und sind nur dazu verdammt, ihre Beiträge zu zahlen. Es gibt allerdings auch einige kleine Filialen, die eine Beitragserhöhung bestritten. Dort liegen aber die Verhältnisse auch anders. Weberi oder Spinneri ist an solchen Orten nicht vorherrschend und eine Masse von Textilarbeitern gar nicht vorhanden. Es sind in der Regel nur eine geringe Anzahl von Posamentierern, Stickern u. dergl., die leichter zusammengehalten sind, als eine Masse von allerlei Textilarbeitern; auch können erstere die erhöhten Beiträge wohl noch eher erzwängen.

Zu einer Zeit, wo die Gefahr der Massenaussperrungen immer größer wird, sollte auch einmal die Frage diskutiert werden, ob es wohl richtig ist, wenn bei solchen Aussperrungen die Nichtorganisierten mit unterstützt werden. Ich meine, wir haben keine Verpflichtung dazu. Gerade durch die Aussperrungen in Greiz und Grimnitzau ist den Indifferenten gezeigt worden, daß sie nicht nötig haben, sich zu organisieren; sie werden ja auch so unterstützt. Würde man diese Leute ihrem Schicksal überlassen, so würden sie vielleicht eher die Notwendigkeit der Organisation erkennen, und der Bruchteil der Organisierten hätte nicht nötig, höhere Beiträge zu leisten, um in der Zeit des Kampfes die vom Unternehmertum auf die Straße geworfenen Indifferenten zu unterstützen. Wohl spenden auch diese Leute einmal einige Groschen bei einem Streik, aber als Mitglieder regelmäßig Beiträge zu zahlen, erscheint ihnen zu teuer.

Deshalb sollte man nicht alles Heil von einer Erhöhung der Beiträge erwarten. Der Antrag Krefeld auf 25 Pfg. unter Wegfall aller Extraleistungen erscheint zwar als der beschiedene und klügste, jedoch selbst dieser beschiedene Beitrag von 25 Pfg. würde uns immerhin einige tausend Mitglieder kosten. Diesen Verlust wiegt aber die erzielte Mehreinnahme nicht auf, und so ist es besser, man sieht überhaupt von einer Erhöhung ab. Dadurch fällt das Projekt der Gauseinteilung von selbst und die Arbeitslosen-Unterstützung ist für uns überhaupt nicht diskutierbar, weil zur Durchführung derselben selbst ein Wochenbeitrag von 30 Pfg. nicht ausreichend ist. J. Pfeiffer, Ronneburg.

Ausgeschnitten

Sind am Montag den 7. März in einer öffentlichen Versammlung in Nachen die christlichen Führer, trotzdem ihnen unbeschränkte Diskussion gewährt war. Ueber die Vorgänge in jener Versammlung wird uns aus Nachen folgendes berichtet:

Am 14. Januar erhielt der Vorstand der Nacher Filiale seitens des Vorsitzenden des Arbeitgeberverbandes Herrn Rob. Bellus eine Aufforderung zur Wahl zweier Beisitzer zu einem Schiedsgericht für die Nacher Textilindustrie. Diefem Verlangen wurde stattgegeben und die Kollegen Reich und Feinhals als Beisitzer bestimmt. Es folgten nun mehrere Besprechungen mit Herrn Bellus, in denen derselbe das Verlangen aussprach, unsere Vertreter müßten sich für die Verhandlungen des Schiedsgerichts einer Disziplin unterwerfen. Diefem Verlangen wurde seitens unserer Vertreter nicht stattgegeben, und zwar mit der Motivierung, wenn das Schiedsgericht seine einseitige Politik treiben und im Interesse aller tätig sein wollte, so brauche man nicht hinter verschlossenen Türen die Abreden abzuhalten. Da weiterhin aus den Mitteilungen des Herrn Bellus klar hervorging, daß das Schiedsgericht schon eine Sitzung abgehalten und in der Hauptsache nur mit Genehmigung des Vorsitzenden sich befassen sollte, so verlangten unsere Vertreter die Aufhebung des Protokolls der ersten Sitzung. Diefelbe wurde denn auch dem Vorstände am 11. Februar ausgedrückt; es hatte folgenden Wortlaut:

Verhandelt im Rathaus zu Nachen am 8. Januar 1904.
Anwesend auf Einladung des Herrn Oberbürgermeisters Weltmann die Herren:
a) von Seiten des Arbeitgeberverbandes:
Robert Bellus, Gustav Kesselkaul,
Paul W. Meyer, J. Clipper.

Von Seiten des Christlichen Textilarbeiter-
verbandes Deutschlands, Bezirk Aachen:
Moriz Steinbeck, Heinrich Schaffrath,
Leonhard Roder, J. Sittenich.

Es hat sich das Bedürfnis nach einer Instanz ergeben, welche im Falle von Streitigkeiten zwischen Arbeitnehmern und Arbeitgeber der Textilindustrie zu Aachen, zu deren Entscheidung gesetzliche Vorschriften nicht bestehen, ihr Gutachten darüber abgibt, welcher Seite Recht anzusprechen ist, bezw. welche Mittel und Wege zur Beilegung der Streitigkeiten geeignet erscheinen. Die oben genannten Herren traten heute zusammen, um festzulegen, in welcher Weise eine solche Instanz geschaffen werden soll.

Es wurde vereinbart, eine Instanz einzusetzen unter der Bezeichnung: Schiedsgericht zur Beilegung von Streitigkeiten zwischen Arbeitnehmern und Arbeitgebern der Textilindustrie zu Aachen.

Dieses Schiedsgericht soll lediglich die Stellung einer Autorität gegenüber den streitenden Parteien haben, nicht aber zur Fällung von Entscheidungen, welche für die Parteien verbindlich sind, berufen sein.

Der Vorsitz im Schiedsgericht soll der Oberbürgermeister der Stadt Aachen, oder in dessen Behinderung einer seiner gesetzlichen Stellvertreter führen.

Im das Schiedsgericht wählt der Arbeitgeberverband der Textilindustrie zu Aachen und der christliche Textilarbeiterverband Deutschlands, Bezirk Aachen, jeder aus seiner Mitte vier Mitglieder. Die Wahl erfolgt für jeden Fall eintretender Streitigkeiten. Das Schiedsgericht hat sich in jeder Sitzung um je zwei Arbeitgeber und Arbeitnehmer zu verstärken, wobei auch Arbeitnehmer, die nicht dem christlichen Textilarbeiterverband angehören, angezogen werden können. Kein Arbeitnehmer darf ohne Zustimmung des christlichen Textilarbeiterverbandes, kein Arbeitgeber ohne Zustimmung des Arbeitgeberverbandes hinzugezogen werden.

Der Vorsitzende des Arbeitgeberverbandes übernimmt für den Fall der Wahl von nicht christlich organisierten Arbeitern die Einladung derselben.

Das Schiedsgericht fasst seine Beschlüsse durch Stimmenmehrheit. Dem Schiedsgericht sollen nur wichtige Angelegenheiten und grundsätzliche Fragen vorgelegt werden.

Ueber Streitfragen, die dem Schiedsgericht zur Entscheidung unterbreitet werden sollen, haben sich zunächst die Vorsitzenden der beiden Verbände zu beschreiben. Die Tagesordnung der Sitzungen des Schiedsgerichts wird nach den Vorschlägen der Vorsitzenden der beiden Verbände von dem Oberbürgermeister festgesetzt. Im Falle von Meinungsverschiedenheiten über die Tagesordnung entscheidet der Oberbürgermeister. Die Sitzungen des Schiedsgerichts finden im Rathause statt und werden durch den Vorsitzenden der beiden Verbände behufs Weiterbeförderung an die durch die Verbände zu wählenden Schiedsgerichtsmitglieder zu gestellt werden.

Es wird vereinbart, daß die Frage der Einführung des Zweifelhaltensystems für den Aachener Textilindustriebezirk nicht in der ersten Sitzung des Schiedsgerichts zur Verhandlung kommen soll. Diese Frage soll jedoch auf die Tagesordnung einer der folgenden Sitzungen gebracht werden.

gez. Robert Delius, Gustav Resselant, Moriz Steinbeck,
Heinrich Schaffrath, Leonhard Roder, J. Sittenich,
Paul W. Meyer, J. Süpper, Weltmann.

Der Oberbürgermeister.
Aachen, den 8. Januar 1904.
I 218.

Abschrift
dem Herrn Fabrikanten Robert Delius, hier
ergebenst überliefert.
gez. Weltmann.

Auf Grund dieses Protokolls, welches zu gleicher Zeit auch das Statut des Schiedsgerichts bildet, zog die hiesige Filiale die Zufolge, zwei Vertreter zu den Schiedsgerichts-Sitzungen zu entsenden, zurück. Die Absicht, als Marionetten zu benützen, ging zu offenem Vorschein. Das Protokoll hervor, um daraus herbeizuführen zu können. Ebenfalls ging aber auch ebenso klar und deutlich aus dem Protokoll hervor, daß wiederum die christlichen Führer eine mehr als zweifelhaft Rolle in diesem Schiedsgericht zu spielen gedachten. Um dieses Spiel, welches für die gesamte Aachener Textilarbeiterschaft verhängnisvoll werden konnte, zu vereiteln, gab der Vorstand der Aachener Filiale ein achtseitiges Flugblatt, das sich mit dem sogenannten Schiedsgericht befahlte, heraus und berief zu gleicher Zeit eine öffentliche Versammlung ein, wozu die Angehörigen der christlichen Organisation dringend eingeladen waren. Besonders waren die Schiedsgerichts-Besitzenden des christlichen Verbandes zu dieser Versammlung eingeladen. Obgleich die Versammlung für halb 9 Uhr abends bekannt gemacht war, war der große und kleine Saal sowie Bühne und Galerie des „Frankenberger Bierkellers“ vor 8 Uhr so dicht besetzt, daß die Türen geschlossen werden mußten. Wohl 300 Personen hatten Eingang gefunden und ebenso viele mußten umkehren. Punkt 9 Uhr eröffnete Reiß die Versammlung. Er erklärte, daß die Versammlung durch den Vorstand der Aachener Filiale geleitet würde. Er verlangte von allen Anwesenden in jeder Beziehung die größte Ruhe. Es würde den erschienenen christlichen Führern und Schiedsgerichtsbesitzenden unbeschränkte Redezeit gewährt. Die zahlreich erschienenen Christlichen verlangten in stürmischer Weise Bureauwahl, die aber seitens der Einberufer verweigert wurde.

Kollege Feinhals legte die Gründe für dieses Verhalten der Einberufer klar und betonte, daß die christlichen Führer in ihren öffentlichen Versammlungen niemals eine Wahl des Bureau vornehmen ließen. Die besondere Einladung, die die christlichen Führer zu dieser Versammlung hätten ergehen lassen und auf der der Beginn der Versammlung um eine Stunde früher angegeben sei, sowie das Verhalten der erschienenen Mitglieder des christlichen Verbandes in dieser Versammlung bewies, was beabsichtigt sei; er (Feinhals) schlage deshalb vor, über den Antrag auf Bureauwahl zur Tagesordnung überzugehen, jedoch den Christlichen zu gestatten, zwei Mann zu wählen, die die Rednerliste zu führen hätten. Nach einer längeren Geschäftsordnungs-Debatte wurde über den Antrag abgestimmt, jedoch war es unmöglich, nach legend einer Seite hin eine Majorität zu konstatieren. Die Mitglieder des Deutschen Verbandes stimmten dafür, die des Christlichen Verbandes dagegen. Kollege Reiß nahm an, daß die Majorität für den Antrag Feinhals gewesen sei und wünschte seitens der Christlichen Vorschläge zur Wahl der Schriftführer. Da die Christlichen dieses jedoch ablehnten und unter Führung des Herrn Steinbeck eine Abstufung hervorriefen wollten, so machte Reiß darauf aufmerksam, daß jeder Redner ohne weiteres aus dem Lokal vertrieben würde. Nachdem die Herren sich nun etwas beruhigt hatten, erhielt Redakteur Dr. Erdmann aus Köln das Wort zu folgender Tagesordnung: Die Veranlassung zur Gründung von Schiedsgerichten und wie die christlichen Führer sich zu den Schiedsgerichten verhalten. In geradezu meisterhafter Weise legte der Redner die Wichtigkeit und Wichtigkeit veranlagter Schiedsgerichte, d. h. wenn sie auf einer ehrlichen Grundlage aufgebaut seien, klar, und wies nach, wie freivol die christlichen Führer mit den Interessen der Arbeiter umgegangen seien, als sie einem Schiedsgericht, wie es hier geplant sei, ihre Zustimmung gegeben hätten. Im Anschluß an die letzten

Ausführungen sprach Kollege Feinhals. War es den Christlichen schon bei den Ausführungen des Herrn Referenten ersichtlich schwillig geworden, so wurde es ihnen bei den Ausführungen Feinhals geradezu heiß. In seiner temperamentvollen Weise legte er das gemeingefährliche Treiben der christlichen Führer in dieser Angelegenheit klar. Nur der ausgesprochene Zweck, uns als Sündenböcke für das Verhalten der christlichen Führer zu benutzen, habe jene veranlaßt, uns zu den Schiedsgerichts-Sitzungen zuzuziehen. Die christlichen Führer wären bereit gewesen, die Arbeiter zu verraten, sonst hätten sie keine Disziplin den Unternehmern verweigern können. Aber trotz aller Verbindlichkeiten mit den Unternehmern seien die christlichen Führer gerade von den Unternehmern richtig eingeschätzt worden.

Herr Delius habe erklärt: „Aus den Führern des Christlichen Verbandes wäre keine richtige Antwort herauszuholen, dieselben hätten, ihren Posten zu verlieren und seien Führer einer erteilungslosen Masse.“ Dieses Urteil des besten Freundes von Sittenich sei bemerkenswert, und wenn nun trotzdem Delius mit den Führern jener „erteilungslosen Masse“ Hand in Hand ginge, so nur gegen die Interessen der Arbeiter.

Als nächster Redner trat nun Steinbeck, Ortsgruppen-Vorsitzender von Burscheid und Beisitzer des Schiedsgerichts, das Koblenz. Alle diejenigen, die erwartet hatten, daß seitens dieses Redners der eine oder andre Punkt eine Aufklärung oder Klärung erfahren würde, sahen sich schrecklich getäuscht. Seine mehr als ungeschickten Ausführungen belasteten den christlichen Führer noch bedeutend mehr und gipfelten in der Behauptung, das Protokoll, welches uns Herr Delius gegeben und das von dem Herrn Oberbürgermeister Weltmann ausgefertigt und mit den Unterschriften der vier christlichen Beisitzer versehen sei, sei nicht mit jenem Protokoll identisch, das sie nach der 1. Sitzung unterschrieben hätten. Mit einem Wort gesagt, er beschuldigte den Herrn Delius bzw. den Herrn Weltmann einer Urkundenfälschung. Delius habe ohne Mitwissen der andern, und zwar ohne Berechtigung, uns jenes Protokoll ausgehändigt. Die christlichen Beisitzer hätten sich zwar einer Disziplin unterworfen, aber sie hätten hierbei an eine andere Disziplin, als wie man im allgemeinen herunter verstände, gedacht!

Nachdem Steinbeck sein Referat geschlossen hatte, konnte man fast bei den sanftmütigen der Christlichen eine Niedererschlagenheit bemerken, die bei den Ausführungen des Herrn Sittenich von Minute zu Minute zunahm. Mit kernigen Worten geißelte er die Ausführungen Steinbecks, aber auch das Verhalten des Oberbürgermeisters. Das Verhalten des letzteren müßte jedem beweisen, daß er als unparteiischer Vorsitzender bei den Schiedsgerichts-Sitzungen unter keinen Umständen in Betracht käme, denn sonst hätte er sich gegen die Angehörigen des Deutschen Textilarbeiter-Verbandes anders benehmen müssen.

Kollege Reiß kam nun zuerst auf einige Ausführungen Steinbecks zurück; er betonte, daß jenes Protokoll unter keinen Umständen gefälscht gewesen sein könnte, denn die christlichen Führer hätten ihrer Bezirks-General-Versammlung dasselbe Protokoll mit gleichem Wortlaut vorgelegt und gutgeheißen. Es sei dieses zwar nicht freiwillig, sondern unter dem Druck der Verhältnisse geschehen. Wenn Steinbeck erkläre, für ihn habe das Wort Disziplin eine andere Bedeutung als wie für andre Sterbliche, so sei das ein Wortspiel, eine Disziplin mit beschränkter Haftung bestehende nicht. Daß die Herren vom Rathhaus eingesehen hätten, daß jenes Protokoll nicht für uns bestimmt sei, glaube er gern, denn zweimal habe man versucht, dasselbe zurückzuhalten. Das Urteil, das Delius über die Mitglieder des christlichen Verbandes im allgemeinen und über die christlichen Führer insbesondere ausgesprochen hätte, wäre ein Verbrechen. Vor einigen Jahren habe Schiffer-Cresfeld in einer Versammlung erklärt: „Unter keinen Umständen darf das freundschaftliche Verhältnis zwischen Sittenich und Delius in die Brüche gehen.“ Der Vorwurf des Herrn Delius sei nun die Folge jenes freundschaftlichen Verhältnisses. Redner ging dann zu der wichtigsten Frage des Schiedsgerichts, der Einführung des Zweifelhaltensystems, über. Er bewies, daß die Führer des Christlichen Verbandes auch in dieser Frage ein Doppelspiel trieben. Er ermahnte die Arbeiter, sich zu organisieren, damit die Einführung des Zweifelhaltensystems ferngehalten werden könnte.

Nun trat Herr Schaffrath, Ortsgruppenführer von Aachen, Beisitzer des Schiedsgerichts, Gewerbegerichts-Beisitzer und Sekretär des Christlichen Verbandes in spe, die Rednertribüne. Nachdem Reiß mit Rücksicht auf die leise Aussprache des Redners um die größte Ruhe gebeten hatte, ergriff Herr Schaffrath das Wort. Aber o weh, anstatt die gemachten Vorwürfe zurückzuweisen und zu versuchen, das Verhalten der christlichen Führer zu begründen, trat er den Ausführungen seines Bundesgenossen Steinbeck entgegen und beschuldigte denselben ziemlich direkt, eine Unwahrheit gesagt zu haben. Um einen Beweis für die Notwendigkeit der christlichen Organisation zu erbringen, bezeichnete er seine eignen Mitglieder als Dummköpfe, die noch nicht begriffen hätten, daß die Arbeiter so gut wie die Unternehmer sich ohne Rücksicht auf religiöse oder politische Anschauung organisieren müßten. Zurufe aus den Reihen der christlichen Arbeiter machten den Redner auf seine Entgleisung aufmerksam. Um nicht noch weiter gegen die christlichen Grundzüge verstoßen zu können, verließ dieser geübte Schüler Sittenichs auf den Erdboden, sein Referat abbrechen und Schluß der Versammlung zu beantragen. Das bischen Sympathie, das noch einige Mitglieder des Christlichen Verbandes bis dahin ihren Führern bewahrt hatten, war durch diesen wahnwitzigen Antrag wie verweht. Die Enttäuschung, die sich abspielte, ist nicht zu beschreiben; es nahmen an ihr nicht zum mindesten die christlichen Arbeiter teil. Nachdem Reiß darauf hingewiesen hatte, daß er unter keinen Umständen über jenen Antrag abstimmen lasse, und nachdem festgestellt worden war, daß als erster Redner nach Schaffrath sein Freund Steinbeck vorgelesen sei, zog Schaffrath seinen Antrag nach einer längeren und scharfen Geschäftsordnungs-Debatte zurück.

Reiß erzielte nun Steinbeck das Wort. Noch bevor derselbe aber die Rednertribüne erreicht hatte, zog Schaffrath es vor, seine Getreuen aufzufordern, mit ihm das Lokal zu verlassen. Als Steinbeck dieses merkte, drehte er sich ebenfalls um und folgte nach.

Feinhals erklärte nun: Wenn die christlichen Führer, trotzdem sie reden könnten, solange und soviel sie wollten, so selge seien und das Lokal verlassen, dann brauchen wir uns nicht mehr mit ihnen zu befassen. Durch den Abzug der christlichen Führer entstand nun eine erklärliche Unruhe, die dem überwachen Beamten Veranlassung gab, die Versammlung um 1/2 Uhr nachts zu schließen. Ob Schaffrath nun vermeiden wollte, daß sein christlicher Freund ihn wegen seiner „schrecklichen“ Ausführungen abpöke, oder ob Schaffrath es vermeiden wollte, daß die Versammlung in dieser Sache zu einem Resultat käme, bleibt dahingestellt. Auf alle Fälle wird die Gelegenheit nicht eher ruhen, bis Klarheit ist, ob eine Urkundenfälschung vorliegt, und bis die christlichen Führer den langstverdrungenen Schritt erhalten haben. Die Aachener Filiale hat sich mit der Aufdeckung jenes hinterlistigen Treibens der christlichen Führer um das Interesse der Aachener Arbeiter verdient gemacht. Die Folgen werden nicht ausbleiben, die übliche Zeit wird zur Stärkung unserer Organisation beitragen.

Der erste allgemeine Heimarbeiters-Kongress.

Die in voriger Nummer dem Sinne nach mitgeteilte Resolution hat in der Kommission mancherlei Veränderungen erfahren; sie wurde schließlich in folgender Fassung einstimmig angenommen:

Resolution:

In der modernen Produktionsweise ist die Hausindustrie eine Betriebsform, die durch niedrige Löhne und lange Arbeitszeit für die Arbeiter und Arbeiterinnen die schwersten Schäden in wirtschaftlicher und physischer Beziehung zur Folge hat und den Unternehmern die Umgehung der Arbeiterschutz- und Versicherungs-gesetze ermöglicht. Sie ist infolge ihrer ungesunden Arbeitsstätten ein Herd infektiver Krankheiten, sowohl für die Produzenten, als auch für die Konsumenten; mithin eine Gefahr für das gesamte Volkswohl. Angesichts dieser Volksgefahr ist es Aufgabe der Gesetzgebung, in besonders gesundheits-schädlichen Industrien die Heimarbeit zu verbieten, ferner durch geeignete Maßnahmen auf die wirtschaftliche Hebung der Lage der Heimarbeiters- und Arbeiterinnen hinzuwirken und diese sowie das Gesamtvolk vor den gesundheits-schädlichen Gefahren dieser Betriebsform zu schützen und ihre allmähliche Einschränkung und Ablösung herbeizuführen. Der vom 7. bis 9. März 1904 im Gewerkschaftshaus zu Berlin tagende erste Heimarbeiters-Kongress fordert deshalb die unverzügliche Schaffung eines Heimarbeiters-Gesetzes, und zwar auf folgender Grundlage:

1. Auf Antrag von Arbeitern oder deren Organisationen hat das Gewerbeamt für den Ort seiner Zuständigkeit und für eine bestimmte Gültigkeitsdauer bestimmte Lohnsätze für die Branche, für die es berufen wurde, festzusetzen. An Orten, an denen ein Gewerbeamt nicht besteht, müssen besondere Kommissionen, zur Hälfte aus Vertretern der Arbeiter, zur Hälfte aus Vertretern der Unternehmer und einem Vertreter der Gewerbeinspektion als Vorsitzendem, eingesetzt werden. Die normierten Lohnsätze dürfen nicht niedriger sein, als die in den Fabriken und Werkstätten gezahlten, und sind nach ihrer Veröffentlichung rechtsverbindlich.
2. Strenge Vorschriften über die Einrichtung und Beschaffenheit der Arbeitsstätten in der Hausindustrie, insbesondere dahin gehend, daß dieselben hell, trocken, heizbar und leicht zu lüften sind, und daß mindestens 15 Kubikmeter Luftraum auf den Kopf der darin tätigen Personen entfallen. Die Arbeitsstätten dürfen ferner weder zum Wohnen, noch zum Schlafen oder Kochen benutzt werden. Die Benutzung von Dach- und Kellerräumen als Arbeitsstätten ist zu verbieten.
3. Wer als Hausindustrieller oder Heimarbeiter Räume der oben bezeichneten Art in Benutzung nehmen will, hat hiervon der Ortsbehörde Anzeige zu machen und ihr die bestimmten Lokalitäten zu bezeichnen. Die Ortsbehörde hat über die erfolgte Anmeldung und darüber, daß die Räume den gesetzlichen Bestimmungen entsprechen, innerhalb drei Tagen eine Bescheinigung in zwei Exemplaren kostenlos auszustellen. Die Bescheinigung muß eine Angabe über den Kubikinhalt des zu benutzenden Raumes und der Personenzahl, die darin beschäftigt werden darf, enthalten.
4. Verbot der Heimarbeit in Wohnungen und Arbeitsstätten, in welchen sich Personen aufhalten, die mit ansteckenden Krankheiten behaftet sind.
5. Desinfektion und, wenn nötig, Vernichtung derjenigen Materialien und Waren, die entgegen dem Verbot in Wohnungen oder Arbeitsstätten lagen oder bearbeitet werden, in welchen sich Personen aufhalten, die mit ansteckenden Krankheiten behaftet sind. Die durch die Desinfektion und Vernichtung entstehenden Kosten hat derjenige Unternehmer zu tragen, für dessen Rechnung die Materialien und Waren bearbeitet werden.
6. Unterstellung der Heimarbeitersstätten unter die Kontrolle der Gewerbeinspektion. Die diesbezüglichen Aufgaben müssen besonderen vollberechtigten männlichen und weiblichen Beamten übertragen werden, die vor allem in genügender Zahl aus den Kreisen der organisierten Arbeiter und Arbeiterinnen zu entnehmen sind.
7. Verpflichtung der Unternehmer und Zwischenmeister, eine genaue Liste der von ihnen als Heimarbeiter (Hausindustrielle), beschäftigten Personen mit Wohnungsangabe zu führen, fortlaufend zu ergänzen und jederzeit den Beamten der Gewerbeinspektion vorzulegen.
8. Geeignete, für jedermann sichtbare Kennzeichnung aller auch nur zum Teil in der Hausindustrie hergestellten Waren. Die Kennzeichnung darf erst dann entfernt werden, wenn die Ware in den Besitz des letzten Käufers übergegangen ist.
9. Ausdehnung der Kranken-, Alters- und Invaliditäts- und Unfallversicherungsgesetze, ferner der Bestimmungen der Gewerbeordnung über Arbeitszeit, Nacharbeit, Sonntagsruhe, Wochenernennung, Kinderarbeit und Arbeitsordnungen auf die gesamte Heimarbeit (Hausindustrie).
10. Unterstellung nicht nur der Heimarbeiter, sondern auch der Hausindustriellen unter die Gewerbeämter bei Streitigkeiten, die zwischen ihnen und den Unternehmern (Verlegern) aus dem Arbeitsverhältnis entstehen.
11. Einführung von Lohnbüchern, in denen Art und Umfang der Arbeit, sowie die Lohnsätze bei Ausgabe der Arbeit einzutragen sind.
12. Verbot der Mitgabe von Arbeit nach Hause an Werkstattarbeiter und Arbeiterinnen. Arbeiten des Reiches, der Einzelstaaten und Kommunen dürfen nur an solche Unternehmer vergeben werden, die diese in eignen gewerblichen Betrieben (unter Ausschluß jeglicher Zwischenunternehmer) anfertigen lassen und die durch Tarifverträge oder von den Berufsorganisationen der Arbeiter oder den unter 1. gedachten Kommissionen festgesetzten Lohn- und Arbeitsbedingungen erfüllen. Unternehmer, die dem zuwider handeln, sind von den Versicherungsberechtigten auszuschließen.
13. Verhängung wirksamer Strafen für Übertretung der gesetzlichen Bestimmungen, für deren Einhaltung Unternehmer und Zwischenmeister in erster Linie verantwortlich sind. Angesichts der für alle Kulturstaaten gleich großen Gefahr der Hausindustrie fordert der Kongress die deutsche Regierung auf, zu internationalen Vereinbarungen die Initiative zu ergreifen. Die Tabakarbeiter gaben folgende Erklärung ab:
Die auf dem allgemeinen Heimarbeiters-Kongress anwesenden Vertreter der Tabakarbeiter erklären, daß sie unter allen Umständen wie seit langer Zeit und in Uebereinstimmung mit ihren Mandatgebern ein gänzliches und sofortiges Verbot der Hausindustrie fordern, indem einerseits die Notwendigkeit aus mancherlei Ursachen, andererseits aber auch die Möglichkeit solcher Maßnahmen für eine ganze Reihe von Berufen durchaus gegeben ist. Demgemäß wünschten die Vertreter der Tabakarbeiter, daß auch der allgemeine Heimarbeiters-Kongress in erster Linie ein Verbot der Hausindustrie fordern möchte und nur dort für eine allmähliche Auflösung einträte, wo ein sofortiges Verbot ohne erhebliche Schädigung der Industrie oder der Heimarbeiter selbst zu erwarten stand. Wenn in der Resolution der Ober-Kommission nur ein sofortiges Verbot der Heimarbeit in besonders gesundheits-schädlichen Berufen vorgesehen wird, so entspricht dieses den Zielen der Tabakarbeiter nicht. Die Delegation der Tabakarbeiter erklärt jedoch, trotzdem für die von der Kommission vorgeschlagene Resolution stimmen zu wollen, um ein einziges, geschlossenes Vorgehen des Kongresses nicht zu hindern und dadurch seine Bedeutung zu erhöhen. Etwas jedoch wird die Delegation der Tabakarbeiter bestrebt sein, für ein rundes Verbot der Hausindustrie, wo und wann es möglich ist, zu wirken.
Nach einer Abschiedsrede des Professors Dr. Franke wurde der Kongress nach dreitägiger Dauer geschlossen.

Bezeichnend ist, daß die „Christlichen“ auf diesem Kongress ganz hielten.
Verleger: Clemens Wemeg, Döbeln. — Redakteur: Paul Wagener, Chemnitz. — Drucker: Danbaraf u. Co., Chemnitz.